

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

42. Sitzung
14. November 2024

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 12.32 Uhr
Vorsitz: Danny Freymark; Schriftführer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Nachhaltigkeit im Fokus: Das Freiwillige
Ökologische Jahr (FÖJ) als Chance für Berlins
junge Generation**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0201](#)
UK

Hierzu: Anhörung

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes nehmen auch Frau Judith Scheer, Frau Ulrike Heibel und Frau Ulrike Heuer-Serger, alle aus der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt an der Sitzung teil und können gegebenenfalls Fragen im Ausschuss auch beantworten. Sofern Sie glauben, dass Sie Fragen beantworten sollen, kommen Sie gerne mit nach vorn. Ich sehe drei Plätze, und da wir drei Namen haben, sind Sie hier vorne also ganz herzlich willkommen. Schön, dass Sie da sind! – Wir freuen uns sehr, dass heute als Anzuhörende Frau Dr. Andrea von Haaren-Kiso, die Projektleiterin des Freiwilligen Ökologischen Jahres der Stiftung für Naturschutz Berlin – herzlich willkommen! –, Herr Bruno Lehmann, als Vertretung der FÖJ Berliner Landessprecher*innen – herzlich willkommen! –, und Herr Maik Riedel, Leiter Personal und Finanzen und Prokurist der JAO gGmbH, dabei sind. Alle drei sind – da bin ich mir sicher – bei der Diskussion rund um das Freiwillige Ökologische Jahr kompetent und aussagefähig. Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses gestreamt und eine Aufzeichnung auf der Website aufzurufen sein wird. Ich darf feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken und freundliches Lächeln. Vielen Dank! Dann freuen wir uns darüber. An die Abgeordneten gerichtet: Ich gehe außerdem davon aus, dass wir einen Wortprotokoll zu TOP 3 anfertigen wollen. – Auch da sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Wir haben jetzt die Möglichkeit, dass die CDU- und die SPD-Fraktion kurz die Begründung des Besprechungspunktes vornehmen. Der Abgeordnete Zander hat sich gemeldet. – Sie haben das Wort!

Christian Zander (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich, dass Sie da sind und uns heute hier ein bisschen mehr Einblicke geben können, wie das Freiwillige Ökologische Jahr in Berlin läuft und wie zufrieden Sie mit der aktuellen Situation sind. Die Überschrift lautet, dass das FÖJ als Chance für Berlins junge Generation gesehen wird, dass es einerseits für junge Menschen, denen ihre berufliche Orientierung noch nicht ganz klar ist, eine gute Möglichkeit ist, Erfahrungen zu sammeln, die Persönlichkeit zu entwickeln und auch Sozialkompetenzen zu bilden, andererseits auch unter dem neuen Aspekt, dass wir das 11. Pflichtschuljahr neu eingeführt haben in Berlin, dass es da auch eine Möglichkeit gibt, darüber den Weg zu gehen und dass Sie damit vielleicht auch andere Zielgruppen erreichen als diejenigen, die sich bislang für das Freiwillige Ökologische Jahr interessieren.

Ich verbinde das gleich mit ein paar Fragen, wie Sie einschätzen, ob es eine höhere Nachfrage gibt. Ich würde auch gerne wissen, wie sich die Nachfrage auch insgesamt darstellt, ob Sie sehr daran interessiert wären, dass es auch sehr viel mehr Nachfrage gibt. Damit verbunden ist

auch, dass man diejenigen, die sich da engagieren wollen, betreuen und anleiten muss. Das ist wahrscheinlich auch eine gewisse Herausforderung. Ist diese Herausforderung in dem Umfang zu leisten, wie es jetzt ist oder wie Sie es erwarten, oder müsste man gegebenenfalls auch nachsteuern? Ist eine Ausweitung des FÖJ-Angebotes überhaupt denkbar und wünschenswert, und wenn ja, was müsste man von Ihrer Seite aus und von der Seite des Landes Berlin dann noch dafür tun?

Die andere Frage ist: Wie gestaltet sich derzeit die Unterstützung finanzieller Art? Wie viel leistet das Land Berlin? Ist es auch durch die öffentliche Förderung begrenzt? Welche Spielräume bestehen da? Ansonsten ergeben sich die weiteren Fragen vielleicht auch aus dem, was Sie uns hier schildern werden. – Herzlichen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zander! – Er hat gleich schon mal ein, zwei Fragen in die Begründung mit reingestreut. Fühlen Sie sich frei, die in der ersten Runde auch schon gerne aufzugreifen. – Für die SPD-Fraktion hat Linda Vierecke das Wort.

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind und dass wir über dieses Thema heute reden. Ich war Anfang des Jahres, als der nächste FÖJ-Jahrgang gestartet ist, im Musiktheater ATZE und durfte live erleben, wie dort 360 junge Menschen saßen und vor diesem großen Schritt in ein Jahr, auch der Ungewissheit, gestartet sind. Es war mit Frau Senatorin Bonde. Ich fand das ganz inspirierend, ein toller Termin und für uns als umweltpolitische Sprecherinnen und Sprecher ein schöner Moment, um auch zu sehen, wie vielfältig diese Stadt ist. Es sind 360 Plätze für junge Menschen da, spannende Orte, die wir in der Stadt haben, wo es einfach eine tolle Arbeit in Sachen Ökologie gibt, auf die wir total stolz sind. Ich glaube, das ist wirklich etwas, was man viel öfter erzählen sollte. Alle diese jungen Menschen erfahren etwas in diesem Jahr, gehen als Botschafterinnen und Botschafter raus, erleben etwas.

Wir haben da eine unglaubliche Breite an Dingen, von Naturschutz, Landschaftspflege über ökologische Dienstleistungen, aber auch die klassische Umwelterziehung, Umweltbildung. Man kann vom Bundesverband Geothermie zur Waldschule zum Kinderfreizeitreff überall mitmachen, und ich glaube, es gebührt ein herzliches Danke an die Leute, die das machen, denn tatsächlich ist ein Mensch mehr im Team auch eine Veränderung, die sich jedes Jahr dieser Veränderung stellen, und dafür möchte ich ganz großes Dankeschön schon mal vorausschicken. Als junger Mensch ist das eine tolle Erfahrung, aber die Einrichtungen bleiben. Die profitieren von den Leuten, aber sie geben eben auch viel rein, und das ist auf jeden Fall nicht selbstverständlich. Ich finde es total wichtig, dass das junge Menschen in einer Zeit machen, in der wir eine Klimakrise haben, die sich in unserer Stadt widerspiegelt, und dass sie mit diesen Themen ganz konkret befasst sind, nicht irgendwie abstrakt, sondern gucken können, was man noch machen kann, und ins Handeln kommen. Deswegen ist es so wichtig.

Vielleicht eine Sache, die ich bei der Veranstaltung gelernt habe, die ich hervorheben wollte – vielleicht kann man dazu auch gleich noch ein bisschen reden –: Ich finde, dass das ein ganz wichtiger Baustein für die Demokratie ist. Da gibt es den tollen Sprecherinnen- und Sprecherat. Mich hat total fasziniert, wie die jungen Leute das dargestellt haben, weil das, glaube ich, auch so eine Lernkurve ist, die man da macht, einmal in so einem Prozess aktiv zu sein – das ist ja klassische Gremienarbeit –, aber angenehm und spannend, mit den Leuten zusammen-

zuarbeiten und Prozesse auszuhandeln. Ich freue mich darüber, jetzt noch einmal aus Ihrer Perspektive zu hören, was richtig gut läuft und wo wir auch noch vielleicht Verbesserungspotenzial haben, wie wir das stärken können. Ich glaube, für uns als Koalition ist klar, dass wir das FÖJ möchten, dass wir es in dieser Stadt auch stark haben wollen, und ich freue mich darauf, heute noch mehr zu erfahren. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! – Das war zweimal die Begründung, was noch nicht heißt, dass Sie jetzt dran sind. Der Senat macht erst noch eine einleitende Stellungnahme. Ich vermute mal, es wird ähnlich wertschätzend sein.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Anzuhörende! Vielen Dank, dass Sie heute da sind und uns an Ihrem Erfahrungsschatz teilhaben lassen! Wenn wir ins Jahr 1993 zurückblicken, hatten wir 30 Plätze, und heute haben wir, wie Frau Vierecke und Herr Zander schon sagten, 360 Plätze. Da sieht man, erstens, was wir seither getan haben, aber insbesondere auch, wie das Interesse der jungen Erwachsenen gestiegen ist, und, zweitens, was Sie als Institutionen auf die Beine gestellt haben. Insofern kann ich mich dem Dank, der hier schon sehr deutlich ausgedrückt worden ist, einfach nur anschließen. Vielen herzlichen Dank, dass Sie sich für das Freiwillige Ökologische Jahr so sehr einsetzen! Ich finde, dass das ein ganz wichtiger Bestandteil auch neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr ist, weil das Freiwillige Ökologische Jahr für junge Erwachsene Orientierung bietet. Wir sehen, dass die Zahlen leicht rückläufig sind. Das hängt natürlich damit zusammen, dass die geburtenstarken Jahrgänge immer mehr zurückgehen. Es hängt aber wahrscheinlich auch ein wenig noch mit Corona zusammen. Insofern ist dieses elfte verpflichtende Schuljahr eben auch ein ganz wichtiges Angebot, das auch im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres tatsächlich stattfinden kann und dass Sie auch das Angebot geben, auch so junge Erwachsene nach dem zehnten Schuljahr zu begleiten und aufzunehmen. Auch dafür noch mal ganz herzlichen Dank!

Das Freiwillige Ökologische Jahr wird durch den Europäischen Sozialfonds, das Land Berlin in Höhe von einem Drittel der Kosten, also ein ganz wesentlicher Anteil, durch den Bund und dann noch durch eine Einsatzstellenumlage finanziert. Was mir auch ganz wichtig ist, und das hat Frau Vierecke auch schon erwähnt, ist, dass neben der ökologischen Ausbildung auch eine politische Bildung stattfindet, sowohl durch die Gremienarbeit als auch dadurch, dass sie zu, glaube ich, 25 Veranstaltungen gehen können, die dann auch politische Bildung vermitteln. Auch dafür noch einmal ganz herzlichen Dank, dass das in diesem Rahmen stattfindet und begleitet wird!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Senatorin Bonde! – Jetzt sind wir an dem Moment, für den Sie heute hier sind, nämlich bei der Anhörung. Ich habe einen kleinen Vorschlag, ich hoffe, Sie können dem etwas abgewinnen, dass wir vielleicht mit Frau Dr. von Haaren-Kiso beginnen. Sie haben auch eine Präsentation mitgebracht. Dann war die Frage, lieber Bruno Lehmann, ob es in Ordnung wäre, wenn wir erst einmal Herrn Riedel nehmen. Dann haben Sie die Möglichkeit, vielleicht auch aus Sicht der Betroffenen das schon entsprechend zu kommentieren oder zu würdigen, so, wie Sie es für richtig halten. – Okay, dann haben wir eine Reihenfolge festgelegt. Wir orientieren uns gemeinsam immer an den berühmten fünf Minuten. Wir versuchen, das so großzügig wie möglich zu handhaben, aber irgendwann werden Sie anhand unserer Mimik, Gestik oder Ähnlichem feststellen, dass Sie

vielleicht deutlich über der Zeit sind. – Dann freuen wir uns auf die Präsentation, Frau Dr. von Haaren-Kiso. – Danke schön!

Dr. Andrea von Haaren-Kiso (Stiftung Naturschutz Berlin): Sehr geehrte Frau Senatorin Bonde! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Behrendt! Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für diese Einladung! Für mich ist es persönlich eine große Ehre und Freude, aber natürlich auch für die Stiftung Naturschutz, dass wir hier sein können und dass Sie so viel Interesse an unserem Projekt zeigen. Ich habe eine kleine Präsentation vorbereitet, und zwar ein bisschen die Rahmenbedingungen im FÖJ. Einiges wurde eben schon gesagt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Seit 30 Jahren ist es im Land Berlin etabliert und komplett durch Zuwendungen finanziert, einmal durch das Land Berlin, aber auch durch Bundesmittel und den ESF, den Europäischen Sozialfonds. Die Freiwilligen bekommen hier 550 Euro für Taschengeld, Unterkunft und Verpflegung. Der Wohnort muss in Berlin sein. Die Stiftung bietet 190 Plätze an. Wir haben eine große Auswahl auf unserer Homepage für 175 verschiedene Einsatzorte in Berlin. Dort wird in Vollzeit gearbeitet. Die bieten insgesamt 234 Plätze an, und zwar, wie Frau Bonde schon sagte, in den großen Umweltverbänden, aber auch in ganz kleinen Organisationen, wo die jungen Freiwilligen den Natur- und Umweltschutz in dieser Stadt unterstützen. Wir haben das mal ausgerechnet: 380 000 Stunden, das ist schon ein Beitrag, von dem eigentlich alle profitieren, sowohl die Freiwilligen, weil die in dem Jahr ganz viel lernen, nicht nur praktische Tätigkeiten, sondern es werden auch, wie gesagt, soziale Kompetenzen vermittelt, und natürlich profitieren die Einsatzstellen auch davon. Wir haben auch vor allen Dingen für die Zukunft Menschen, die sich einmal in ihrem Leben schon mal engagiert haben und vielleicht dann auch weitergehen und ein Engagement weiter betreiben wollen. Wir haben bei der Stiftung ein Team von 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Ganze organisieren.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Sie haben nach Nachhaltigkeitszielen gefragt. Die sind uns natürlich besonders wichtig. Einmal ist es der Einsatz in den Einsatzstellen. Dort wird in der Regel in Vollzeit gearbeitet. Das Jugendfreiwilligendienstgesetz wurde dieses Jahr geändert, sodass es auch in Teilzeit möglich ist. Wir haben aber diese 25 Seminartage, die für jede und jeden verpflichtend sind, der dieses FÖJ ableistet, und da legen wir großen Wert darauf, dass Nachhaltigkeit auch wirklich eine große Rolle spielt. Es fängt mit der Anfahrt an. Wir fahren mit der Bahn oder mit dem Rad. Es wird mit Lebensmitteln aus der Region selbst gekocht, saisonal, Biolebensmittel. Dann sind die Ressourcen ein Thema. Wie gehen wir mit Ressourcen um, Energie, Wasser, Lebensmittel, Rohstoffe, Müll? Das spielt alles eine große Rolle. Dann lernen die Freiwilligen in dieser Zeit natürlich auch die Akteure des Natur- und Umweltschutzes kennen. Es gibt Führungen durch Förster, durch engagierte Naturschützer, wie auch immer, also das ist ein wichtiges Thema. Demokratiebildung, und die Freiwilligen haben vor allen Dingen die Möglichkeit, die Themenwahl in den Seminaren selbst festzulegen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

So sieht das aus: Eine Gruppe, selber kochen. Wir fahren überwiegend an Ziele in der Region, also in Brandenburg, aber auch in die Sächsische Schweiz, um auch mal andere Naturräume kennen zu lernen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wer sind unsere Freiwilligen? – Ich habe jetzt mal unsere Zahlen aufgeschrieben. Wir haben in diesem Jahr 2 junge Menschen ohne Abschluss. Wir haben 11 mit einem einfachen Schulabschluss, 62 mit einem mittleren, 118 Abiturientinnen und Abiturienten oder Fachhochschulreife, und insgesamt haben wir 43 junge Leute, die einen Migrationshintergrund haben. Das ist uns wichtig, damit sich auch diese Gesellschaft in den Gruppen widerspiegelt. Wir machen sehr gute Erfahrung mit diesen gemischten Gruppen. Für Berlin trifft das, was vielleicht für andere Bundesländer zutrifft, dass ein FÖJ etwas für Mädchen ist, deren Eltern gut verdienen und die Abitur haben, die sich engagieren wollen, nicht zu. Wir haben hier auch durch die Vorgaben der Senatsverwaltung eine breite Mischung in den Gruppen. Da hören wir öfter auch mal Aussprüche wie: Ja, wir haben im FÖJ Leute kennengelernt, die hätten wir vielleicht sonst in unserem Leben nicht getroffen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Unsere Einsatzstellen: Das Freilandlabor Britz wurde eben schon genannt – die machen trotz des Brandes weiter; wir haben derzeit drei Freiwillige dort, und die organisieren die Führung vom Tempelhofer Feld, also unsere Freiwilligen sind dort weiter im Einsatz –, aber auch so kleine Sachen wie Waldschulen, das Fischereiamt, Domäne Dahlem, die BUNDjugend, also es sind ganz unterschiedliche. Die Freiwilligen haben die Möglichkeit, sich bei der Bewerbung drei Einsatzstellen auszusuchen und geben die dann an, und wir versuchen natürlich, den ersten Wunsch zu erfüllen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Durch die Nähe in der Stadt sind wir sehr im Austausch einmal mit der JAO gGmbH und dem Verein Junger Freiwilliger e.V., die auch Träger sind, mit der zuständigen Senatsverwaltung und seit letztem Jahr mit der Investitionsbank Berlin, die für die Vergabe der Gelder zuständig sind. Wir haben Kontakte in die Politik, aber wir haben auch Kontakte zu anderen Bundesländern. Wir treffen uns einmal jährlich, das war gerade letzte Woche, mit den Vertreterinnen und Vertretern aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, um uns zu beraten und uns auch fortzubilden. Das sind ganz wichtige Treffen, und da stellen wir Berlinerinnen und Berliner eigentlich immer fest, wie gut wir hier aufgestellt sind. Das möchte ich auch mal so als Dank zurückgeben, denn nicht in allen Bundesländern ist es so, dass es von den Ländern so gut und massiv unterstützt wird, wie es hier ist. Wir sind Mitglied im Verein Ökologische Freiwilligendienste; das ist ein bundesweiter Zusammenschluss der FÖJ-Träger. Dort gibt es auch Austausch und Fortbildung, und wir als Träger organisieren einmal im Jahr eine Einsatzstellentagung, wo die Einsatzstellen zusammenkommen, fortgebildet werden, der Austausch ist dort wichtig, und wir begleiten die Sprecherinnen und Sprecher. Dazu wird Bruno gleich noch etwas sagen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier sind ein paar Impressionen vom letzten Jahr im Roten Rathaus und mit Familienministerin Paus.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich komme zum Schluss. Was wünschen wir uns für die Zukunft? – Einmal natürlich weiterhin diese tolle und aktive Unterstützung der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Wir wünschen uns – was auch stattfindet, wir bekommen eine Pauschale pro Teilnehmende –, dass die Pauschale natürlich entsprechend der Inflationsrate auch immer wieder erhöht wird, denn alles wird teurer: Lebensmittel, die Tagungshäuser. Das ist eine ganz wichtige Sache. Wir wünschen uns ein FÖJ für alle. 550 Euro plus Kindergeld hört sich viel an, aber es ist für bestimmte Familien sicher nicht möglich. Das ist so etwas, was auch bundesweit besprochen wird.

Die Anpassung der Zuwendung für die pädagogische Begleitung – damit hat das Land Berlin zwar nichts zu tun, aber ich habe es trotzdem draufgeschrieben – wird vom Bund bezahlt, aber das ist seit Jahren nicht mehr gestiegen, und die Schwierigkeiten steigen, der Betreuungsaufwand wird also deutlich höher. Das spiegelt sich in meinem letzten Punkt wider. Wir haben mittlerweile ungefähr – wir haben es annähernd überschlagen – 10 Prozent junger Menschen, die unter psychischen Problemen leiden, denen wir natürlich dann – wir sind keine Therapeuten, keine Psychologen – gerne schnelle Hilfe an die Hand geben würden. In Berlin gibt es viele Stellen, aber trotzdem ist es ganz schwierig, Termine zu kriegen. Dazu gibt es also Gedanken. Es wäre schön, wenn man diesen Punkt auch weiter behandeln würde. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! Da sind noch mal die Logos, die müssen nämlich immer drin sein.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Dr. Andrea von Haaren-Kiso! – Dann machen wir gerne direkt weiter mit Herrn Riedel.

Maik Riedel (JAO gGmbH): Schönen guten Tag! Ich bin etwas aufgeregt, tut mir leid. Es kommt nicht allzu oft vor, dass ich in solchen Gremien spreche. Ich bin zwar sehr viel unterwegs in Berlin, auch in anderen Bundesländern, zwecks unserer Projekte, aber ins Abgeordnetenhaus in der Form wurde ich persönlich noch nicht eingeladen. Das ist also heute für mich eine Premiere.

Ich bin seit 2016 mit dem FÖJ mehr oder weniger sehr eng verbunden. Leider hat uns damals zu dem Zeitpunkt ein wichtiger Mitarbeiter verlassen – er ist in Rente gegangen –, der das FÖJ in Berlin sowie in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Brandenburg wesentlich mit aufgebaut hat, unser Herr Zeidler. All das, was ich heute schon gehört habe, habe ich hier auf dem Papier zu stehen, habe ich vorbereitet, meine Kollegen haben es aufgeschrieben. Ich könnte alles wiederholen, aber ich glaube, dann fange ich an, Sie massiv zu langweilen. Denn gerade meine Vorrednerin hat eigentlich perfekt zusammengetragen, was uns bewegt, was uns als Träger bewegt, uns als Gemeinschaft, die sich für das Land Berlin einsetzt, das FÖJ weiterhin zu fördern, der das auch für die Zukunft aktivieren möchte. Wir als JAO sind eine Nummer kleiner, was die Teilnehmerzahlen anbetrifft, sicherlich dann auch im Personal, aber die Aufgaben sind identisch wie bei der Stiftung zu sehen, wie auch bei unserem anderen Partner, der hier in Berlin mit tätig ist.

Es wurde vorhin etwas gesagt, was mich bewegt hat, das Land Berlin und die finanzielle Unterstützung für das FÖJ: Ich möchte das wirklich hier auch noch einmal unterstreichen und mich persönlich vielleicht auch hier in diesem Rahmen bedanken. Denn so, wie das FÖJ in Berlin finanziert wird, ist es wirklich nicht in allen Ländern. Wir haben gerade in Mecklenburg-Vorpommern, wo wir auch mit dem FÖJ tätig sind – dort haben wir auch noch einmal knapp 80 Plätze, die wir betreuen –, ganz andere Voraussetzungen. Da gibt es keine Unterstützung durch das Land, da können wir keine Taschengelder in der Höhe zahlen. Wir haben dort alleinig eine Unterstützung durch den ESF und durch den Bund, und damit kann man solche Projekte schwer finanzieren. In Berlin können wir von anderen Voraussetzungen ausgehen. Wir haben einen Senat, der uns hier doch sehr unterstützt, der uns auch im Rahmen der Pauschale gute Handlungsmöglichkeiten gibt. Daran arbeiten können wir immer noch, erhöhen können wir sie auch noch, da gebe ich auch meiner Vorrednerin recht, sicherlich. Die Inflation hat uns mächtig zugesetzt, die Preise sind enorm gestiegen für all das, was wir tun, und es wird damit natürlich auch immer schwieriger, die Qualität zu halten, die wir anstreben.

Was das Thema der Gesundheit der Teilnehmer anbetrifft, ja, das kann ich auch unterstreichen: Die psychischen Belastungen haben in den letzten Jahren massiv zugenommen, aber auch schon vor Corona. Ich möchte einfach mal betonen, dass das nicht nur etwas mit Corona zu tun hat, sondern es hat etwas mit der Entwicklung in der Stadt zu tun.

Die Teilnehmerstrukturen – da kann ich mich auch anschließen – haben sich gewandelt. Ich kann mich noch an die Jahre erinnern, wo wir im FÖJ fast nur mit Abiturienten gearbeitet haben, wo Teilnehmer aus dem anderen Schulsystem eher die Seltenheit waren. Jetzt ist es gut durchmischt, wir haben wirklich eine gute Bandbreite. Wir versuchen das auch wirklich beizubehalten, weil es, denke ich, alle fördert, die an dem FÖJ teilnehmen. Damit meine ich nicht nur die Jugendlichen, sondern damit meine ich auch die Einsatzstellen, die durchaus auch an unseren Teilnehmern lernen und sich selbst auch weiterentwickeln können.

Das als ganz kurzer Querschnitt auch von meiner Seite! Wie gesagt, alles andere wurde schon gesagt. Ich freue mich eigentlich mehr auf Herrn Lehmann, der uns vielleicht so ein bisschen aus dem Teilnehmerkreis berichten kann, denn das ist, denke ich, viel entscheidender, als wenn hier die Verantwortlichen sitzen und die Theorie so schön darstellen. Die Praxis ist, denke ich, viel bewegender, und es ist für uns alle noch einmal interessant, das dann hier live zu hören. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Riedel! – Das war eine ganz wunderbare Überleitung. Ich darf Ihnen im Eigeninteresse sagen, wir als Abgeordnete mögen ja Vertreterwesen, deswegen, Herr Lehmann, sehen Sie sich also bitte ganz besonders in diesem Kreis willkommen. Deswegen freuen wir uns auf Ihren Bericht.

Bruno Lehmann (FÖJ – Berliner Landessprecher*innen): Danke schön! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Mit-FÖJlerinnen und FÖJler! Herzlichen Dank an die SPD- und CDU-Fraktionen für die Einladung! Es ist uns eine Ehre, hier im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz über das Freiwillige Ökologische Jahr als Chance für Berlins junge Generation zu sprechen. Hierfür würde ich gerne unseren gewünschten Beitrag vorlesen.

Mein Name ist Bruno Lehmann. Ich bin 18 Jahre alt, komme aus Berlin Marzahn-Hellersdorf und mache mein FÖJ in der August-Heyn-Gartenarbeitsschule Neukölln. Hier leite ich Workshops für Grundschulklassen zum Thema Natur. Seit dem 19. Oktober dieses Jahres verrete ich als einer von sechs Landessprecherinnen und Landessprechern die 360 erwähnten FÖJlerinnen und FÖJler in Berlin.

Ein zentrales Anliegen ist die finanzielle Situation der FÖJlerinnen und FÖJler. Das monatliche Taschengeld von 550 Euro reicht für viele nicht aus, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Allein die Miete für ein WG-Zimmer in Berlin liegt im Durchschnitt bei 650 Euro. Das ist mehr als das Taschengeld. Seit der letzten Erhöhung 2020, als das Taschengeld auf 510 Euro angepasst wurde, liegt der Kaufkraftverlust bei etwa 25 Prozent. Der Inflationsausgleich von 40 Euro ab Januar 2024 deckt nur circa ein Drittel der gestiegenen Kosten. Viele von uns sind gezwungen, Nebenjobs anzunehmen, was unsere Arbeit im FÖJ beeinträchtigt. Auch ich werde demnächst wieder einen Nebenjob anfangen. Welche Auswirkungen das auf mein Engagement als Landessprecher hat, werde ich dann sehen. Hier hat das Land Berlin als

einer der drei Fördermittelgeber einen direkten Einfluss. Die FÖJlerinnen und FÖJler brauchen ein höheres Taschengeld, um eine realistische Chance für Berlins junge Generation zu werden.

Ebenso wichtig ist die finanzielle Ausstattung der Trägerorganisationen, wie bereits erwähnt, die eine wertvolle Arbeit leisten. Sie koordinieren die FÖJ-Plätze, betreuen die Freiwilligen und bieten Seminare zu Umweltthemen an. Doch es fehlt oft an Mitteln, um diese Aufgaben angemessen zu erfüllen. Eine bessere Finanzierung würde es den Trägern ermöglichen, ihre Kapazitäten auszubauen, die Seminarprogramme zu verbessern und Freiwillige besser zu betreuen. Insbesondere – es wurde schon zweimal erwähnt – in Anbetracht der steigenden mentalen Gesundheitsprobleme junger Menschen sind die Träger auf zusätzliches Engagement angewiesen. Bisher leisten die Pädagoginnen und Pädagogen diese Arbeit mit außergewöhnlichem Einsatz, wofür wir als FÖJler besonders dankbar sind, aber wir brauchen eine dauerhafte Lösung, die die Qualität des FÖJ sicherstellt und somit auch den Umwelt- und Klimaschutz fördert. Die Trägerstrukturen in Berlin brauchen bessere finanzielle Ausstattungen, um eine wertvolle Chance für Berlins junge Generation zu werden.

Abschließend möchte ich die Initiative Vision 2030 vorstellen, die sich für ein Recht auf einen Freiwilligendienst einsetzt. Ziel ist es, bis 2030 allen jungen Menschen die Chance zu geben, einen Freiwilligendienst zu leisten. Das Ziel der Initiative stärkt nicht nur die soziale Teilhabe, sondern auch den Umweltschutz durch starke ökologische Freiwilligendienste, wie beispielsweise das FÖJ. Um diese Vision zu verwirklichen, hat die Initiative drei Schritte vorgezeichnet. Schritt eins: Einführung eines Rechtsanspruchs auf den Freiwilligendienst für alle. Schritt zwei: Finanzielle Absicherung auf BAföG-Niveau, damit der Zugang unabhängig von den finanziellen Mitteln der Familie möglich ist. Schritt drei: Eine persönliche Einladung und Beratung für alle jungen Menschen, um die Freiwilligendienste stärker in das Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken. Diese Schritte würden nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sondern auch zahlreiche nachhaltige Projekte voranbringen. Wir bitten Sie daher, diese Forderungen zu unterstützen, für eine gerechtere und grünere Zukunft.

Wir danken Ihnen nochmals für die Einladung und hoffen, dass wir gemeinsam das FÖJ zu einer noch besseren Chance für Berlins junge Generation machen können. Wir stehen für Sie zu einem weiteren Austausch bereit und freuen uns über Fragen von Ihnen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Bruno Lehmann! – Das waren doch, glaube ich, drei ganz ansprechende erste Aufschläge für uns. Es gibt ganz viele Wortmeldungen von den Abgeordneten. Wir haben als allererstes Herrn Koçak, dann Herrn Zander, Frau Vierecke, Frau Tomiak und Herr Bertram. Habe ich jetzt irgendjemanden übersehen? – Dann beginnen wir gerne mit dem Abgeordneten Koçak.

Ferat Koçak (LINKE): Das Freiwillige Ökologische Jahr in Berlin spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Klimakrise in Deutschland, denn Berlin als Hauptstadt und eine der wichtigsten Weltmetropolen hat eine Vorreiterrolle. Die Klimakrise ist nicht einfach nur durch einige Hebel zu bewältigen, das stellen wir hier auch im Ausschuss immer wieder fest. Es braucht ein gesellschaftliches Umdenken in Sachen Wachstum und Konsum, aber auch darin, wie ein solidarisches Miteinander im Einklang mit der Umwelt funktionieren kann, während Reiche immer mehr das Klima und die Umwelt zerstören. Eine neue Oxfam-Studie

kommt zu dem Ergebnis, dass Reiche innerhalb von 95 Minuten im Schnitt mehr Treibhausgase verursachen als Normalverdienerinnen in ihrem ganzen Leben. Also eine kleine Clique zerstört mit dem fossilen Kapitalismus und ihrem Yachtlifestyle unsere Lebensgrundlage. Deshalb brauchen wir ein gesellschaftliches Umdenken.

Da kommt das FÖJ ins Spiel. Damit wird nicht nur die individuelle Verantwortung der Teilnehmenden gefördert, sondern es trägt auch zu einem größeren gesellschaftlichen Wandel bei, indem es nachhaltige Praktiken in die lokale Gemeinschaft bringt. Besonders in einer Stadt wie Berlin, die eine Vorreiterrolle im Bereich Klimaschutz und urbane Nachhaltigkeit anstrebt, sind die Freiwilligen wichtige Multiplikatoren für den Wandel hin zu einer klimafreundlicheren, ja sogar klimaneutralen Stadt. Zudem bieten sie durch ihre Tätigkeit und Projekte – wir haben es gerade gehört – einen konkreten Beitrag zu einer grüneren und nachhaltigeren Stadtentwicklung.

Daher meine Fragen. Ich glaube, die erste Frage wurde beantwortet, ich stelle sie trotzdem noch mal, weil ich sie mir nicht aufgeschrieben habe: Wie viele Bewerbungen und wie viele Plätze gibt es? Stimmt die Zahl 360 noch? – Das FÖJ Berlin wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF, des Landes, des Bundes und der Einsatzstellen finanziert. Der geplante Mitteleinsatz für 2023 beträgt insgesamt, inklusive der Mitteleinsätze des Bundes und der Einsatzstellen, rund 4,66 Millionen Euro. Für einen besetzten FÖJ-Platz fallen derzeit durchschnittlich Kosten in Höhe von rund 1 080 Euro im Monat an. Deshalb kommt die Frage: Wird das FÖJ von den Sparen-bis-es-quietscht-Plänen des Senats mit titelscharfen Einsparungen in Millionenhöhe, sogar in Milliardenhöhe, betroffen sein? Falls ja, was bedeutet dies konkret für das FÖJ? – Wir haben auch eine ganz konkrete Frage zu einem konkreten Projekt. Wir haben alle von der Naturwacht Berlin eine E-Mail bekommen. Die Naturwacht Berlin bietet, wie wir wissen, auch ein Freiwilliges Ökologisches Jahr an. Daher würde mich noch interessieren, ob sich die Senatsverwaltung für die Weiterfinanzierung der Naturwacht Berlin im Haushaltsplan einsetzt.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Koçak! – Wir machen das so – an alle Anzuhörenden –: Wir sammeln die Fragen. Ich hoffe, Sie haben alle einen Kugelschreiber mitgebracht, damit Sie ein, zwei Dinge mitnotieren können, ansonsten helfen wir gerne aus, denn es werden noch ein paar Fragen zusammenkommen, da bin ich mir ziemlich sicher. – Dann sind wir jetzt schon beim Abgeordneten Zander.

Christian Zander (CDU): Ich habe jetzt keine Rede und keine Fragen vorbereitet, sondern mir die in der Sitzung aufgeschrieben. Ich komme noch einmal darauf zurück. Ich fange mal mit Herrn Lehmann an. Das Thema mit dem auskömmlichen Taschengeld scheint Sie und alle anderen FÖJler sehr stark zu bewegen. Deshalb würde mich auch interessieren, für Sie persönlich, als Sie sich dafür entschieden haben, das FÖJ zu machen, und auch die anderen: Wie stark ist denn in der Entscheidungsbildung, das FÖJ zu machen, auch diese finanzielle Komponente gewesen? Wie stark ist bei allen Freiwilligen schon der grüne Gedanke ausgeprägt, also der Wunsch, deshalb genau das zu machen? Gibt es Erfahrungen und Auswertungen? –, jetzt nicht nur an Herrn Lehmann, sondern auch an alle anderen gerichtet. Wie sieht es denn bei denjenigen aus, die in diesem Bereich das FÖJ machen? Wie viele haben dann auch später im beruflichen Werdegang die Möglichkeit oder bleiben auch tatsächlich in diesem Bereich? Denn dann ist das FÖJ ja nicht nur eine Chance für die jungen Menschen bei der Entwicklung von Kompetenzen und auch bei der beruflichen Orientierung, sondern es ist ja auch eine gro-

ße Chance für das Land Berlin, durch dieses Programm engagierte Menschen, motivierte Menschen zu finden, die den Umwelt- und Klimagedanken und so weiter in Berlin weiterbringen, nach vorne tragen und auch schützen können. Das ist dann auch aus dieser Perspektive eigentlich sehr wichtig.

Jetzt hatten Sie gesagt, Sie hatten 440 Bewerbungen, alleine nur bei Ihnen, verstehe ich, und nicht bei allen anderen. Das heißt, Sie haben mehr Bewerbungen als Plätze, die Sie anbieten können. Wir hatten schon einmal gefragt: Ist der Trend gleich, oder geht das auch zurück? Wie tätigen Sie die Auswahl? – Sie hatten zum Bildungshintergrund ein paar Daten geliefert, dass das im Prinzip sehr ausgeglichen ist. Machen Sie die Auswahl auch danach, dass es ausgeglichen bleibt und nicht nur eine bestimmte, sagen wir mal, sehr bildungsaffine Gruppe im Vordergrund ist? Wie wird das künftig sein? Es war schon die Rede von diesem 11. Pflichtschuljahr, dass das dann auch eine Möglichkeit sein soll. Kann man das auch so verstehen, dass es dann auch tatsächlich die Zugangsmöglichkeit gibt, dass es ein gewisses Kontingent gibt, das gerade für diese Zielgruppe vorgesehen ist, und man dann dadurch den Zugang auch zum FÖJ schafft? Geht dieses Kontingent dann von den bisherigen Plätzen ab, die es gibt, oder wäre sogar eine leichte Aufstockung denkbar? – Wir wissen alle, das kostet dann auch mehr Geld.

Zum Schluss noch einmal: Sie hatten die Forderung nach einem Rechtsanspruch darauf dargestellt. Das bedeutete ja, dass dann alle 440 Personen, die sich beworben hätten, einen Anspruch darauf hätten, so einen Platz zu bekommen. Mal ein bisschen aus der Realität noch mal nachgefragt: Was würde es denn für Sie bedeuten, für die Landschaft auch der Träger, die in dem Bereich tätig sind, wenn man jetzt alle 440 Personen – ich weiß nicht, wie es bei der JAO ist, wie viele Bewerbungen dort vorliegen und wie viele Plätze vergeben werden können, vielleicht könnten Sie das auch noch mal darstellen, Herr Riedel –, tatsächlich unterbringen würde? Könnte man das überhaupt leisten? – Ich hatte auch gesagt, dass das ein gewisser Anleitungs- und Betreuungsaufwand ist. Wäre das überhaupt so zu leisten, oder ist es ein hehrer Wunsch, der mittel- und kurzfristig eher nicht umsetzbar wäre? – Das wäre es erst einmal aus meiner Sicht.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! – Dann gehen wir weiter in der Rednerliste. – Die Nächste ist Linda Vierecke.

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Ausführungen! Ich finde es auch sehr schön, dass Herr Lehmann mit seiner jungen und Mittendrin-Perspektive hier ist. Deswegen erst einmal ein paar Fragen an Sie und schon einmal danke für die Ausführungen, auch für die sehr klaren Forderungen! Das zeigt auch, dass Sie sich zusammenschließen, miteinander reden und auch eine Perspektive zeichnen. Mich würde erst einmal ganz konkret von Ihnen interessieren, warum Sie persönlich sich für das FÖJ entschieden haben, was der Grund war, ob es eine bewusste Entscheidung war, wie die Information auch zu den Leuten kommt. Dazu können Sie vielleicht ein bisschen auch von den Leuten um Sie herum berichten, da gibt es sicherlich unterschiedliche Einstiegstore.

Dann auch die Frage zu der jungen Generation: Wir haben vor Corona, zu Zeiten der großen Proteste von Fridays for Future, viel über die junge Generation, die dem Klimathema so nahe ist, gehört. Wie diskutieren Sie die Klimakrise in Ihren Runden? Ist das etwas, womit alle kommen, oder auch etwas, wo man auch durch dieses Ökologische Jahr herangeführt wird?

Ich fände es auch ganz toll, wenn Sie noch ein bisschen vom Sprecherinnen- und Sprecherrat berichten. Sie sind jetzt als einer von sechs Sprechern und Sprecherinnen gewählt, wenn ich das richtig verstanden habe. Wie arbeiten Sie in diesem Gremium, und was ist das Ziel dieses Rates?

Dann hätte ich an die anderen Beiden ein paar Fragen zum Programm an sich: Wo gibt es denn besonders viel Nachfrage? Wo merkt man immer wieder, da könnten wir jetzt eigentlich zehn Leute unterbringen? Gibt es Neigungen, vielleicht auch Einrichtungen, die da eine hohe Erfahrung haben? Wie ist das mit der Abbrecherquote? Halten die Leute sich alle in dem Jahr, oder gibt es dann doch einige, die vielleicht auch aus finanziellen Gründen irgendwann aussteigen oder vielleicht doch einen Studienplatz oder eine Ausbildung kriegen? – Das ist die ganz offene Frage.

Das Thema der Finanzierung ist selbstverständlich eins für junge Menschen in dieser Stadt. Ich finde die Forderung nach einer Angliederung an das BAföG-System natürlich eine sehr spannende, weil das auf denselben Grundlagen liegt. Sicherlich liegt da der Teufel im Detail, und es ist nicht ganz so einfach zu machen und auch nicht unbedingt hier zu entscheiden, um das mal transparent zu sagen, aber erst einmal ist es gut, dass wir eine Finanzierung haben.

Die Frage des Ausbaus geht vielleicht auch in Richtung Senat. Wir haben hier verschiedene Fonds, die zusammenarbeiten, es gibt verschiedene Finanzierungsquellen. Ist das ausbaufähig? Ich frage natürlich auch, weil das in diesem Haushalt immer sehr schwer ist. Ich glaube, wir werden uns jetzt, weil auch die Sorge schon kam, eher die Hand abhacken, bevor wir beim FÖJ streichen würden, sage ich jetzt mal ganz selbstbewusst auch in Richtung meines Koalitionspartners, aber das ist uns ein Anliegen. Ich würde davon sehr stark abraten wollen. Insofern die Frage: Wo können wir, um diesem Wunsch nachzukommen, dass die jungen Menschen in dieser Stadt leben wollen, während natürlich eine Inflation in Gang ist, noch andere Finanzierungsquellen finden? – Danke sehr!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann hat June Tomiak, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank auch von mir und von meiner Fraktion! Herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind und uns zur Verfügung stehen! Ich habe ein paar Fragen, sowohl an Sie, aber auch an den Senat. Mich würde interessieren, wie der Austausch des Senats mit den drei Trägern und auch den FÖJlern und der Vertretungsebene stattfindet, wie regelmäßig das ist, was da genau abläuft. Das wäre eine Frage, die sich jetzt ergeben hat.

Ein paar Fragen wurden jetzt schon gestellt. Mich würde auch sehr interessieren, wie sowohl die Entwicklung der Bewerberzahlen war und auch, ob es zum Beispiel einen Einbruch während der Covid-Zeit, ob es dann weniger Aktive gab, junge Menschen, die gesagt haben: Ich interessiere mich für ein FÖJ –, oder ob es sogar mehr Bewerbungen gab, und gleichzeitig auch, wie das mit den Trägern ist. Ist es so, dass wir jetzt auf einem Niveau sind, wo das Potenzial in Berlin ausgeschöpft ist, oder gibt es weiterhin auch Organisationen, die sich interessieren, eine Stelle zu werden, um FÖJler aufzunehmen? Haben wir da auch weiterhin noch Potenzial? Da geht es auch so ein bisschen darum: Wie weit kann man eigentlich diese Projekte ausbauen?

Mich würde auch interessieren, wie die Engagiertenebene arbeitet, also einmal, wie ihr als Sprecherrat zusammenarbeitet, auch mit welcher Unterstützung, sowohl von den Trägerorganisationen als auch vom Senat, und natürlich auch, wie die anderen Engagierten – ich gehe davon aus, dass ihr sechs Sprecher gewählt seid, dass ihr für die anderen sprechen könnt, aber mit Sicherheit gibt es auch andere, die nicht in der Funktion sind, die sich trotzdem einbringen – zusammenarbeiten, wie oft Ihr Euch trifft, wie das abläuft und wie gerade auch diejenigen, die ganz neu dabei sind, die vielleicht sehr jung sind, in diese Strukturen eingebunden werden.

Ich habe die Vision 2030 und diese Initiative so verstanden, dass es nicht nur ums FÖJ geht, sondern dass es um alle Freiwilligendienste geht. Vielleicht kannst du dazu noch ein bisschen was erzählen, wie sich das zusammensetzt, von wem diese Initiative kommt und ob ihr da auch Kooperationen habt. Zum Beispiel gibt es das FSJP, das haben wir hier im Haus, da gibt es auch einige Einsatzstellen. Das FSJ Politik gibt es, das FSJ Kultur gibt es auch, also diverse andere Organisationen oder Möglichkeiten. Wie kann man das machen? Mich würde interessieren, ob das sehr geeint ist. Ich gehe davon aus, dass die Belange und Bedarfe sehr ähnlich sind, auch in diesen anderen Strukturen.

Mich würde zum Thema Sprecherarbeit auch sehr interessieren, wie die Kontinuität ist. Ist da jedes Jahr ein neuer Jahrgang, der sich zusammensetzt? Habt ihr Möglichkeiten, dass es eine Übergabe gibt? Wie läuft das? Gibt es da irgendwelche formalisierten Prozesse, oder ist das eine Baustelle, wo wir vielleicht auch als Politik noch weiter unterstützen können, dass so eine Kontinuität besser stattfinden kann?

Mich würde sehr interessieren, wie das FÖJ im Haushalt abgesichert ist. Wir haben jetzt schon gehört, es gibt auch einen Bedarf nicht nur daran, dass nicht gekürzt wird, sondern eigentlich, dass das erhöht werden muss. Wie sieht es denn reell gerade aus? Wie sind die Diskussionen aktuell? Wie entwickelt sich das Ganze? Ich hoffe, dass wir dazu ein bisschen mehr Informationen bekommen können.

Das Thema psychische Belastungen bei jungen Menschen wurde jetzt vielfach angesprochen. Welche konkreten Unterstützungen gibt es denn bereits, falls es welche gibt? Falls es bisher keine oder zu wenige gibt: Was ist genau benötigt? Sowohl an die Träger als auch an Euch als junge Leute: Was wünscht ihr Euch eigentlich? Was braucht es da eigentlich?

Jetzt muss ich mal gucken, ob ich noch etwas vergessen habe. Ich glaube, nur ganz grundsätzlich ist es schon eine politische Entscheidung, wie man das FÖJ oder diese Freiwilligendienste ausfinanziert. Diese Anlehnung an das BAföG halte ich für politisch richtig und auch schon lange für politisch richtig. Wir haben eine Absicherung für Schülerinnen und Schüler, die zum Beispiel auch nicht mehr zu Hause wohnen, die ganz klar gesetzlich geregelt ist. Wir haben das auch für diejenigen, die in die erste Ausbildung oder ein Studium gehen, aber für diesen Zwischenraum, den wir eigentlich politisch wertschätzen – ich habe auch das Gefühl, dass das über die Bank hinweg eigentlich von allen wertgeschätzt wird –, gibt es keine ausreichende Finanzierung. Das ist ein Missstand, den wir so nicht weiterführen können.

Es ist ja so, dass sich trotzdem viele junge Leute dazu entscheiden, das irgendwie möglich zu machen. Ich finde eigentlich schade, dass wir das auf eine Art trotzdem erschweren und die

jungen Leute dann durch Nebenjobs oder andere Möglichkeiten versuchen müssen, es sich irgendwie trotzdem zu ermöglichen. Das schließt gegebenenfalls eben auch diejenigen aus, die es von zu Hause aus nicht so einfach haben oder die nicht so einfach einen Nebenjob finden. Wir haben da also eine soziale Aussiebung auf eine Art, und das ist eigentlich etwas, wo wir, glaube ich, auf jeden Fall besser werden können.

Es wurde jetzt schon nach den Erfolgskontrollen gefragt. Wie sieht es denn aus mit denjenigen, die ein FÖJ gemacht haben? Gibt es dazu eine systematische Erfassung auch vom Senat, dass man über die letzten zehn Generationen sagen kann, da wissen wir jetzt, die sind in Ausbildungen oder in Berufe oder ein Studium gegangen, die in diesem Bereich Ökologie stattfinden? Oder gibt es da eigentlich gar keine Rückmeldungen oder nur wirklich sporadische, dass man von Aktiven irgendwann mal noch einmal etwas hört? Mich würde sehr interessieren, ob das irgendwie formalisiert ist.

Jetzt habe ich eine Frage von meinem Kollegen Turgut Altuğ, deshalb kenne ich mich damit nicht so aus, aber ich lese einfach mal vor: Wie ist bisher das Interesse der Freiwilligen an der Möglichkeit eines zweiwöchigen Praktikums bei einem Handwerksbetrieb? – Das sollte ich noch mitnehmen, und damit belasse ich es erst einmal. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! – Dann haben wir noch den Kollegen Bertram auf der Rednerliste.

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank erst einmal für die Stellungnahmen! Ich fand sie sehr interessant. Die Zahlen zeigen sehr deutlich, dass viele junge Menschen im Grunde dafür brennen, sich stärker für ihre Herzensangelegenheiten und auch ihre Herzensthemen zu engagieren. Ich hatte mir im Vorfeld der Sitzung die Zahlen bundesweit angeschaut, wie es da aussieht. Es ist über die Jahre eher die Regel als die Ausnahme, dass sich eher drei- bis viermal so viele Leute auf diese Plätze bewerben, als es wirklich Plätze gibt. Darum finde ich auch ganz gut, dass wir heute mal darüber sprechen, wie die Situation und wie der aktuelle Stand in Berlin sind, vor allen Dingen darüber, was wir besser machen können und wie wir die Rahmenbedingungen verbessern können.

Frau Dr. von Haaren-Kiso! Sie hatten in Ihrer Stellungnahme die Gesetzesänderungen zur Erweiterung der Teilzeitmöglichkeiten angesprochen, was wir jetzt gerade hatten. Das Gesetz ist jetzt seit Mitte des Jahres in Kraft. Mich würde einfach mal interessieren: Was hat sich durch diese Gesetzesänderung getan? Was hat sich da geändert? Haben Sie dadurch überhaupt Auswirkungen in Ihrer konkreten Arbeit gespürt? – Das würde mich sehr interessieren, auch generell an alle Anzuhörenden.

Im Bundestag gab es zu dieser Gesetzesänderung eine entsprechende Anhörung, wo von den Vertretern unisono drei Wünsche und Forderungen artikuliert wurden, die ich auch persönlich sehr spannend finde. Das haben wir gerade schon gehört: Die Taschengeldobergrenze, orientiert am BAföG-Höchstsatz, war dabei, dann das Deutschlandticket als Inklusivleistung für alle Freiwilligen, das fand ich auch eine sehr spannende Forderung, und vor allen Dingen die finanzielle Planungssicherheit. Dazu wird wahrscheinlich der Senat noch das eine oder andere sagen können, was das für das Jahr 2025 bedeutet. Wir haben gerade schon eine sehr stabile und robuste Aussage der Kollegin der SPD gehört. Ich bin gespannt, ob es dann wirklich so

kommt, dass es da keine Kürzungen geben wird. Ich werde Sie dann auf jeden Fall, wenn es soweit ist, an Ihre Worte hier im Ausschuss erinnern.

Eine weitere Sache, die die Träger in den Bundestagsanhörungen geäußert hatten: Da ging es um die Refinanzierung der Öffentlichkeitsarbeit. Das fand ich auch eine sehr interessante Geschichte, dass gesagt wurde, dass der Posten und dieses ganze Thema Öffentlichkeitsarbeit aktuell nicht förderfähig sind. Mich würde auch sehr interessieren, wie Sie diese Forderung der Refinanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sehen, gerade um diese tollen Projekte ein bisschen bekannter zu machen. Das einfach mal zu den Rahmenbedingungen. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Bertram! – Dann habe ich mich noch zum Abschluss mit auf die Rednerliste gesetzt, nicht in der Rolle als Vorsitzender, sondern als der Sprecher für Umwelt und Klima der CDU-Fraktion.

Danny Freymark (CDU): Ich fand sehr interessant, Herr Lehmann, was Sie zur Frage der Finanzen ausgeführt haben. Ich habe vor mittlerweile fast 20 Jahren Zivildienst gemacht, und da gab es eine feste Pauschale, das waren, glaube ich, auch so um die 400, 500 Euro. Ich habe dann noch einen Nebenjob machen dürfen, der war übrigens auf 255 Euro begrenzt. Den Betrag habe ich nicht vergessen. Alles, was man mehr verdient hat, wurde nämlich auf den Mietzuschuss angerechnet, den ich beim Bezirk beantragen konnte. Ich konnte also damals sagen, ich würde gerne Zivildienst machen – ich musste ihn sogar machen –, und um meine Miete zu bezahlen, weil ich damals schon alleine gelebt habe, hatte ich dann also die Gelegenheit, diesen Antrag zu stellen. Deswegen würde ich gerne die Position von Frau Tomiak und auch von Ihnen, Herr Lehmann, aufgreifen und gerne mal an die Verwaltung fragen: Ist das mal geprüft worden? Mit welchem Ergebnis? Welche weiteren Rechte bestehen eigentlich mit der Aufnahme des Freiwilligen Ökologischen Jahres? Was wäre eigentlich, wenn man dann, wenn man zu Hause auszieht, tatsächlich in eine eigene Wohnung zieht? Hat man dann irgendeine Form von Ansprüchen?

Auf der anderen Seite wissen wir, auch durch Bundesgesetzgebung, dass man eigentlich bis 25, wenn man kein Einkommen hat, zu Hause bleiben soll. Das hat mit der Realität nicht immer so viel zu tun, das ist mir auch komplett bewusst, aber ich finde, es gehört in die politische Debatte, und deswegen finde ich es auch gut, dass wir heute die Chance haben, darüber zu sprechen.

Zugleich will ich aber auch Danke sagen für die Würdigung, dass Sie den Berliner Weg wahrnehmen, nämlich dass mehr Geld aus dem eigenen Budget genommen wird als in vielen anderen Bundesländern. Wenn man zu Hause lebt, können 550 Euro, glaube ich, ganz erträglich sein. Wenn man nicht zu Hause lebt, ist man prekär armutsgefährdet, und das ist in zwei sehr unterschiedlichen Richtungen zu betrachten. Die Frage des Wohnortes spielt wahrscheinlich die größte Rolle.

Ein zweiter Gesichtspunkt, den ich noch gerne kurz beleuchten würde, ist: Wie wird denn in der Schule eigentlich auf die freiwilligen Angebote verwiesen? Zu der Zeit der meisten Abgeordneten ging es nur um die Frage Ausbildung oder Abitur, und damit war die Beratungsstunde beendet. Jetzt ist die Frage: Ist das etwas breiter gediehen? Bekommt man eine breite Kenntnis in der 9., 10. oder auch 12. Klasse über Freiwilligendienste? Wenn ja, ist das strukturiert? Ist das Zufall? Hängt das von den Lehrerinnen und Lehrern ab? Ist es sehr viel Eigenarbeit, die man leisten muss, um überhaupt in Erfahrung zu bringen, welche Angebote da sind? Ich fand, Herr Lehmann, Ihre Ausführungen insofern sehr spannend, dass Sie sagen, diese Vision 2030, alle sollen einen Anspruch auf einen Freiwilligendienst haben. Jetzt hat sich die CDU mal ein bisschen die Finger verbrannt als sie gesagt hat: Dienstjahr für alle, am besten noch verpflichtend, und da gab es natürlich mehrmals einen großen Aufschrei, weil viele sagen, also verpflichtend, wie kann man nur und so weiter. Aber hinter Ihrer Forderung steckt vermutlich schon auch der Anspruch, dass man allen jungen Menschen die Möglichkeit gibt, Freiwilligendienste durchzuführen, und die Kapazitäten sind dann eben doch begrenzt, und es wird einigen wahrscheinlich mitgeteilt: Dieses Jahr ist keine Kapazität da. – Das ist dann natürlich bedauerlich.

Mein letzter Punkt, den ich gerne ansprechen würde, ist die Abbrecherquote. Ich konnte meinen Zivildienst nicht abbrechen, weil er verpflichtend war. Ich musste die neun beziehungsweise zehn Monate, ich habe sogar freiwillig einen Monat verlängert, das ging damals noch, gemacht, aber wie ist denn das heute? Wie viele brechen tatsächlich ab? Ich glaube, ein, zwei Kollegen haben die Frage auch schon gestellt. Brechen die ab, weil sie das FÖJ als so eine Art Übergangsphase betrachten? Brechen die ab, vielleicht auch, weil sie an Grenzen stoßen, weil es vielleicht auch eine mangelnde Vorbereitung gibt? Da kann man jetzt sehr viel hineininterpretieren. Versuchen Sie gerne, nach Ihrer Möglichkeit, in der Beantwortung darauf einzugehen. Auf jeden Fall freuen wir uns sehr, dass Sie hier sind. Ich wechsele jetzt gerne wieder in die Rolle des Vorsitzenden.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen der Kolleginnen und Kollegen, und Sie machen gerne den Auftakt. Entscheiden Sie gerne, in welcher Reihenfolge Sie mit der Beantwortung anfangen wollen, und danach würde ich mich sehr freuen, wenn die Senatsverwaltung auch noch einmal Auskunft gibt. Ich sehe fünf nickende freundliche Gesichter, das heißt, da ist also noch viel Potenzial drin. Sie machen den Auftakt? Wer möchte? – Frau von Haaren-Kiso!

Dr. Andrea von Haaren-Kiso (Stiftung Naturschutz Berlin): Ich mache kurz den Auftakt. Ich habe jetzt nicht der Reihenfolge nach die Fragen aufgeschrieben. Ich versuche, alles zu beantworten und würde dann weiter an Bruno geben, der alles beantworten kann, was sich um die Teilnehmenden dreht. – Die Bewerberinnen- und Bewerberzahlen: Ich habe mir gestern mal die letzten zehn Jahre angeguckt. Ich hatte Ihnen heute hier 440 genannt, vor zehn Jahren waren es fast 1 000. Frau Bonde hatte es vorhin schon gesagt. Es liegt auch an der Geburtenrate. Dann hat sich die Ausbildungssituation in den letzten zehn Jahren extrem verbessert. Wir haben viele Leute, die eher eine Ausbildung bekommen, und das war vor zehn Jahren nicht so. Zum Dritten ist es vor allen Dingen bei uns als Träger so, wir hatten früher auch viele Bewerbungen aus anderen Bundesländern, und die sind richtig eingebrochen, seitdem der Wohnungsmarkt in Berlin so prekär ist. Wir sind im Grunde mit diesen 440 Bewerbungen sehr zufrieden, denn wir können aussuchen.

Da kam auch die Frage, nach welchen Kriterien wir aussuchen. Wir haben eine Vorgabe in unserem Zuwendungsbescheid, dass wir gehalten sind, ein Drittel junge Menschen mit einem mittleren oder einfachen Schulabschluss reinzunehmen und mindestens 25 Prozent junge Leute mit Migrationshintergrund. Das schaffen wir eigentlich problemlos. Wir sichten die Bewerbungen und führen persönliche Gespräche, um die Menschen näher kennenzulernen und auch deren Intention zu erfassen und vor allen Dingen auch, sie hinsichtlich der Wahl ihrer Einsatzorte zu beraten, und danach entscheiden wir dann. Es wird jetzt aber niemand ausgeschlossen, weil er zu weit weg wohnt. Es kann sein, dass wir Menschen als ungeeignet ansehen, wenn wir zum Beispiel sehen, dass die in der Schule 40 unentschuldigte Fehltage haben und auch sonst auf uns nicht den Eindruck machen, besonders verlässlich zu sein. Solchen Menschen sagen wir dann auch schon mal ab. Das kommt natürlich vor, denn wir können auswählen. Es ist aber auch so, dass viele der Bewerbungen und Menschen, denen wir eine Zusage geben, hinterher absagen, weil sie auch mehrere Eisen im Feuer haben und sagen: Nein, ich habe mich eigentlich auch noch für ein Auslandsfreiwilligendienst beworben und komme da jetzt rein, oder ich bekomme einen Studienplatz. – Wir besetzen vielfach Plätze auch mehrfach.

Dann kam die Frage nach besonders beliebten Einsatzstellen. Das war, als ich angefangen habe, im FÖJ zu arbeiten, so, dass gerade die Umweltverbände und NGOs wirklich schick waren. Nach Corona haben wir festgestellt, dass vielfach die jungen Menschen mit den Händen in der Erde graben wollen. Wir können gar nicht so viel Forst-, und Gartenstellen anbieten, wie gewünscht werden. Der Wunsch, draußen zu sein und praktisch zu arbeiten, ist im Moment sehr hoch.

Die Abbrecherquote ist bei uns gering. Es brechen natürlich mal Menschen ab, weil sie das auch kräftemäßig nicht schaffen, den Freiwilligendienst zu Ende zu machen, aber im Grunde ist das zu vernachlässigen. Unser Projekt geht vom 1. September bis 31. August, und es kann sein, dass es dann gegen Ende des FÖJ im Juli Kündigungen gibt, weil junge Leute zum 1. August eine Ausbildung anfangen. Am Ende haben wir schon Kündigungen, aber aus ganz nachvollziehbaren Gründen.

Dann war die Frage der Förderungsfähigkeit der Öffentlichkeitsarbeit: Das betrifft uns in Berlin nicht so, weil wir die Pauschale bekommen. Wir können als Träger selbst entscheiden, wie wir dieses Geld ausgeben, aber natürlich geben wir es für die Freiwilligen aus. Wir machen ganz wenig Öffentlichkeitsarbeit. Wir machen das eher dann Low Level. Wir fragen die Frei-

willigen an, ob sie zu Infoveranstaltungen in die Schulen gehen. Da haben wir feste Partner, und es hängt auch von der Initiative der Schulen ab. Es gibt ganz tolle Schulen, die Infoveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler, für Eltern machen, und es gibt Schulen, da passiert leider gar nichts. Wir machen eine Versandaktion. Da schicken wir Anfang des Jahres unsere Flyer noch mal herum, wenn unser Bewerbungsstart losgeht, und wir nutzen unsere Webseite. Sonst machen wir eigentlich dahingehend nicht so viel.

Teilzeit: Dazu kann ich auch sagen, dass es bis zu diesem Jahr die Möglichkeit gab, ein FÖJ oder ein Freiwilligendienst in Teilzeit abzuleisten, wenn es einen Grund dafür gibt. Dann brauchten wir ein Attest von dem Arzt, der gesagt hat: Nein, 30 Stunden. – Jetzt hat sich das Gesetz verändert, und wir bekommen Anfragen dazu. Es müssen allerdings auch die Einsatzstellen zustimmen. Das muss in den Arbeitsablauf passen. Wir haben Einsatzstellen, bei denen ist das gut möglich, aber es gibt auch Einsatzstellen wie zum Beispiel die Grünflächenämter. Die fangen morgens um sieben an zu arbeiten, da gibt es einen festen Arbeitsablauf, und können nicht sagen: Wir bringen euch mittags an den Einsatzort. – Es ist unterschiedlich. Es ist jetzt nicht der große Hype auf Teilzeit. Wir genehmigen das. Wir machen nur 30 Stunden, weil es sonst für uns als Organisation auch zu aufwendig ist.

Berufliche Orientierung: Das wird immer nachgefragt. Wir fragen jetzt demnächst: Wo sind die geblieben? Das ist auch Voraussetzung für die ESF-Gelder. Da wird quasi eine Verbleibsuntersuchung gemacht. Sind die Leute in Ausbildung? Sind sie im Studium? Sind sie verweist, oder was auch immer? Wir stellen fest, dass sich viele dann auch grünen Berufen widmen, ob eine Ausbildung als Gärtner, Forstwirt, oder ein Studium in Eberswalde ist von unseren Freiwilligen sehr nachgefragt. Ich mache das ja schon länger. Auch hier in der Verwaltung sitzen ehemalige FÖJler von uns. Da bleibt auch dieser Kontakt bestehen, und das erlebe ich auch in den Einsatzstellen.

Finanzielle Gründe, ein FÖJ zu machen, dazu müsstest du vielleicht etwas sagen. – Zur psychischen Belastung würde ich gerne noch kurz etwas sagen: Im Land Bremen gibt es einen Träger, der FÖJ und FSJ zusammen macht, und die haben quasi bei einer Praxis für Psychotherapie Stunden gebucht, und so etwas fänden wir ganz toll. Es gibt in Berlin ein großes Hilfsnetz. Wir haben quasi auch so eine Notfallliste, wo man anrufen kann, wenn man Essstörungen oder Suizidgedanken hat, aber dass wir so etwas hätten, wo man sagen könnte: Da könnt ihr hingehen. Die haben drei Stunden in der Woche für Freiwillige reserviert. – Das würde unser pädagogisches Personal sehr entlasten, denn die sind oft darin involviert und telefonieren hinterher und versuchen, Termine für die Freiwilligen zu machen, denn das nimmt einen auch persönlich mit, wenn jemand in so einer Notsituation ist. Das wäre so meine Idee.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! – Dann machen wir mit Herrn Riedel weiter.

Maik Riedel (JAO gGmbH): Ich habe mir auch die Fragen so weit aufgeschrieben, wie ich es konnte. Es war doch sehr viel an Anfragen. Was ich aber auch feststellen möchte, ist, dass ich alleine aus den Anfragen schon sehr deutlich die Wertschätzung wahrnehmen konnte, was das FÖJ in Berlin anbetrifft. Auch da noch einmal vielen Dank von meiner Person!

Es wurde von der Bewerberzahl gesprochen, die sich in den letzten Jahren verändert hat. Ja, dem können wir uns anschließen. Wir haben das auch mal versucht zu evaluieren. Aktuell haben wir circa 86 Plätze, die wir belegen können, und haben ungefähr 250 Bewerber, die sich bei uns melden. Davon finden circa 200 Bewerbungsgespräche statt. Der Rest fällt manchmal schon vorher aus diversen Gründen raus. Vor einigen Jahren war die Bewerberzahl doppelt so groß, insbesondere vor Corona, aber auch hier ist die Begründung, wie schon meine Vorrednerin dargestellt hat, ganz klar: Es hat sich in Berlin eine Menge bewegt und verändert, und zwar in dem Fall zum Positiven, weil sich die Ausbildungssituation generell entwickelt hat.

Es wurde die Frage nach den Abbrechern gestellt. Ich selbst arbeite seit viele Jahren in berufsorientierenden Projekten und habe immer wieder diese Frage: Was ist Abbrecher in Ausbildung? Was ist Abbrecher in Beratungsprozessen? – Ich sehe das etwas anders. Man muss es wirklich in positive und negative Abbrüchen differenzieren. Wir können bei uns sagen, dass die positiven Abbrüche, das heißt, der Weg in Ausbildung, ins Studium, wesentlich höher ist als die negativen Abbrüchen. Die negativen Abbrüche sind wirklich verschwindend gering, prozentual 7, 8 Prozent auf die Teilnehmerzahl bei uns im Träger, und bei den positiven Abbrüchen haben wir circa 12 Prozent, und das ist okay. Damit können wir durchaus umgehen. Natürlich ist es insbesondere in den letzten Monaten immer mal etwas schwierig.

Schwierig wird es in der Finanzierung, auch bei einem positiven Abbruch, den wir eigentlich anstreben. Wir streben an, dass die Leute in Ausbildung kommen, zum Studium gehen, sich entwickeln, sich Perspektiven schaffen. Für die Träger wird es dann schwierig, weil dann die Refinanzierung fehlt, denn eine Neubesetzung ist dann auch nicht mehr möglich. Das macht die Sache in der Ausfinanzierung der Sozialpädagogen oder der Pädagogen insgesamt immer schwierig. Das muss man einfach wissen: Kein Teilnehmer, kein Geld, egal, wie er das Projekt verlässt. Das macht die Sache problematisch, und stellt die Träger immer vor große Herausforderungen, denn man kann natürlich nicht bei den Kollegen die Stunden runtersetzen anhand der Teilnehmerzahlen, dann würden wir bald keine Mitarbeiter an der Stelle mehr haben.

Zum Austausch des Senats mit den Trägern, mit uns, wurde gefragt: Der Austausch ist hervorragend. Wir treffen uns regelmäßig. Wir kommen zu großen Runden zusammen. Wir diskutieren alle Themen, die uns bewegen und versuchen, mit dem Senat gemeinsam Lösungen zu finden. Aus unserer Sicht des Trägers, der JAO gGmbH, ist das nur positiv zu betrachten. Da gibt es keinerlei negative Auswirkungen.

Zur Finanzierung wurde gesagt: Wenn wir so und so viel Bewerber haben, könnten wir nicht alle nehmen? Wäre das nicht möglich? – Ganz einfach: Ja, es ist möglich. Wir haben 150 Einsatzstellen. Die können wir teilweise mehrfach besetzen. Es ist immer die Frage des Geldes. Das heißt also: Wie weit wird was von wem finanziert? Da ist nicht nur das Land Berlin in der Situation, dass Sie Begrenzungen vorgeben müssen, sondern natürlich auch der Bund, das heißt also, das, was wir hier und vom ESF an Mitteln zur Verfügung bekommen, grenzt die Teilnehmerzahl logistisch ein. Da ist nicht mehr machbar. So sehen wir das momentan. So sind die Zahlen, die uns präsentiert werden. Wir wären bereit, noch mehr für Berlin zu tun. Wir wären bereit, noch mehr Einsatzstellen zu belegen, aber natürlich muss es dann auch auskömmlich ausfinanziert werden. Alles andere wurde aus meiner Sicht schon sehr gut beantwortet. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Riedel! – Das war ganz wunderbar. Dann haben wir jetzt noch Herrn Lehmann. Es gibt bisher auch noch keine weitere Wortmeldung, das heißt, offensichtlich wurden die Fragen so beantwortet, wie man sich das gewünscht hat. – Jetzt hat Herr Lehmann das Wort.

Bruno Lehmann (FÖJ – Berliner Landessprecher*innen): Zunächst muss ich dazu sagen, dass, wie erwähnt, ich erst seit dem 19. Oktober 2024 im Amt des Landessprechers bin und auch als einzelne Person natürlich nicht die Gesamtheit aller FÖJler widerspiegeln kann. Ich versuche es auf jeden Fall, und wenn ich, wie gesagt, aufgrund meines noch sehr kurzen Amtes Fehler machen sollte in meinen Aussagen, gerne rechts und links einmal unterbrechen. Ich würde jetzt einfach mal anfangen. Ich habe mir leider nicht aufgeschrieben, von welchen Fraktionen die Fragen kamen, aber ich gehe jetzt mal quer durch den Gemüsegarten.

Zu der Frage, inwiefern die finanzielle Lage einen Einfluss auf meine Entscheidungen zu einem FÖJ hatte, kann ich Folgendes sagen: Es ist eine bewusste Entscheidung dazu, solange man in Berlin lebt, eine realistische Chance zu haben, auszuziehen. Das war in meiner Hinsicht schon wichtig, weil das einfach ein Wunsch von mir war, ein Schritt in die Richtung der Selbstständigkeit zu machen, der einem auch gewährt werden sollte, auszuziehen, und mit 550 Euro ist das nicht möglich, auch wenn ich mein Kindergeld persönlich bekomme. Da gibt es aber genügend, die das nicht bekommen. Das ist natürlich auch ein Gesprächsthema, das man untereinander hat. Insofern ist es natürlich schon schwierig. Das ist aus meiner Perspektive der einzige Abzug, den ich machen muss, dass ich nicht ausziehen kann, quasi gar keine Chance habe auszuziehen.

Was daran anschließt ist jedoch, was ich mir aufgeschrieben habe, zur psychischen Belastung, was noch mal angesprochen wurde: Psychische Belastungen kommen meines Erachtens auch oft aus dem Elternhaus, durch Probleme zu Hause. Das ist in gewisser Weise ein Teufelskreis. Wenn man sich das nicht leisten kann, in dieser Großstadt hier auszuziehen und zu Hause bleiben muss und dort weiterhin den Einflüssen ausgesetzt ist, die einen einst zu dieser psychischen Belastung geführt haben, kann es da auch nicht wirklich zu einer Besserung kommen, auf jeden Fall für dieses Jahr. Das möchte ich anmerken. Trotzdem, was man zur psychischen Belastung sagen muss, denke ich, dass das FÖJ da schon prinzipiell heilend wirkt, denn was man auf jeden Fall dort mitbekommt, ist, das war auch am Anfang direkt bei allen Gesprächen: Wir geben nichts mehr auf das Schulsystem, nichts mehr auf das Notensystem. Wir müssen auch innerhalb unseres FÖJs mehrere Reflexionen schreiben, zwei an der Zahl, die auch ohne Noten, ohne Wertung, nur mit einem Feedback bedacht werden, und das ist, glaube ich, für viele schon viel, also nicht gut genug. Es gibt natürlich trotzdem noch andere Probleme, aber für mich persönlich – ich war immer sehr ambitioniert in der Schule – war das trotzdem eine sehr große Entspannung, zu wissen: Was ich hier mache, mache ich für mich, mache ich für meine Einsatzstelle, und das Einzige, was ich dafür bekomme, ist am Ende mein Geld und irgendwie das, was ich daraus ziehe, also Motivation, Erfahrung. Deshalb würde ich sagen, dass ich das FÖJ im Vergleich zum Schulsystem auf jeden Fall schon mal eine sehr gute Variante auch für die Leute finde, die zum Beispiel Fachabitur machen wollen. Das ist vielen, glaube ich, auch nicht bewusst.

Auf das Thema Öffentlichkeitsarbeit und wie man darauf kommt, möchte ich jetzt auch eingehen, denn das war mir, bis ich angefangen habe, auch gar nicht bewusst, dass man mit dem

FÖJ sein Fachabitur machen kann, also nach der 12. das dann weitermachen kann und so auch ein Abitur bekommt. – Dann möchte ich direkt daran ansetzen und zu der Frage kommen, woher ich die Information über einen FÖJ bekommen habe: Das FÖJ ist sehr schlecht im Internet vertreten. Die Seiten sind oftmals veraltet, Einsatzstellen gar nicht mehr so da. Die stehen noch drauf, aber wenn man anruft, hört man nur: Da sind wir gar nicht mehr. – Das ist schwierig, aber das ist auch eine Sache, an der wir jetzt beispielsweise arbeiten, auch bei meiner Einsatzstelle. Wie gesagt, ich arbeite in der Gartenarbeitsschule, und wir haben den Wunsch geäußert bekommen oder die Angst von unseren Einsatzstellenleiterinnen und -leitern, dass da eine riesige Lücke entsteht, wenn wir in zwei Jahren weg sind und dass sie sich ungewiss sind, ob sie noch mal so viele FÖJler bekommen. Wir sind momentan drei FÖJler vom JAO und zwei Austauschschülerinnen und -schüler aus Frankreich, und dort müssen wir gerade selbstständig daran arbeiten, an unsere ehemaligen Schulen zu gehen und dort die Werbetrommel zu rühren. Ich habe mich am Ende des Tages über das Internet darüber informiert, relativ kurzfristig, und wurde dann zum persönlichen Gespräch eingeladen. Alles Weitere hat sich dann irgendwie ergeben, und wurde auch dort noch einmal von meiner Pädagogin bezüglich meiner Einsatzstelle umfangreich beraten und informiert.

Zu der Frage, warum ich persönlich ein FÖJ mache: Ich hatte es vorhin kurz angesprochen, dass es eine relativ spontane Entscheidung war. Ich hatte ursprünglich geplant, ein Auslandsjahr in Afrika zu machen und versucht, mich für zwei Studiengänge zu bewerben. Ich habe beides aber nur mit halbem Herzen gemacht. Es hat dann auch aus verschiedenen anderen Gründen nicht funktioniert, wodurch ich dann persönlich vor einer Perspektivlosigkeit stand und mich ein bisschen verloren gefühlt und dann geschaut habe: Was mache ich jetzt, damit ich irgendwie gleichzeitig Erfahrungen sammeln, kindergeldberechtigt bin, mich weiter entwickeln kann und vielleicht auch Referenzen für meinen späteren Studiengang sammeln kann? –, und habe mich daher dann für meine Einsatzstelle und das FÖJ entschieden und bin sehr glücklich damit.

Um das Thema mal mehr zu der Rolle der Landessprecherinnen und -sprecher zu bewegen, werde ich jetzt mal auf die folgenden Fragen eingehen. Zuerst: Wie arbeiten wir als Sprecherinnen und Sprecher? – Wir wurden, wie gesagt, auf der Landesdelegiertenkonferenz gewählt. Die war am 19. Oktober über drei Tage. Da hatten wir eine lange Diskussion darüber, wie wir wählen wollen, mit verschiedenen Quotierungen, wo alles ausführlich besprochen wird, dass sowohl FLINTA*-Personen in den Wahlen ausreichend vertreten sind, auch in den Diskussionen gab es da Differenzierungen, und des Weiteren, dass auch die Träger vertreten sind. Das entscheidet aber jeder Jahrgang für sich selbst. Deshalb gehen diese Diskussionen auch relativ lange. Wir haben uns in unserem Jahrgang dafür entschieden, dass alle drei Träger unter den sechs Landessprecherinnen und Landessprecher vertreten sein müssen, und die ersten drei Leute, die gewählt wurden, fahren zur Bundesdelegiertenkonferenz nach Frankfurt. Da fahre ich heute auch hin. Da wird dann weiter gewählt. Da kann ich leider noch nicht so viel drüber sagen, da ich da noch nicht war. Das wird sicherlich auch sehr spannend. Da wird dann für Deutschland gewählt. Da gab es verschiedene Quotierungen, und am Ende wurde geheim gewählt. Ich weiß nicht, ob das jetzt die Frage beantwortet hat oder ob das eigentlich in eine andere Richtung gehen sollte.

Wir arbeiten folgendermaßen: Wir haben uns dafür entschieden, uns wöchentlich persönlich zu treffen. Wir versuchen, dass auch mit Krankheit, gezwungen des Winters, und allen möglichen Blockaden, trotzdem in Person weiter fortzuführen, weil wir daraus die höchste Effekti-

vität ziehen. Wir treffen uns momentan noch in der Einsatzstelle mit einer Sprecherin und besprechen dort Tagesthemen, führen Protokoll, schreiben Aufgabenlisten, was wir in dieser Woche erledigen müssen, um weiterzukommen. Dort werden wir auch von Mentoren begleitet, welche uns stützen und sehr hilfreich sind. Wir sind alle ganz neu und wissen gar nicht, was uns da wirklich so erwartet hatte, und das ist eine Riesenunterstützung, und da sind wir auch sehr dankbar für.

Dann war die Frage, inwiefern in unseren Runden – ich denke jetzt mal nicht nur in Landessprecherrunden, sondern auch in den FÖJ-Runden und allgemein – das Thema Klimaschutz wichtig ist. Da würde ich auf zwei Sachen verweisen: Erst einmal die AKs, die werde ich gleich noch einmal kurz erklären. Das ist ein sehr wichtiges System. Das Zweite war die allgemeine Einstellung. Da gehe ich erst mal drauf ein. Allgemeine ist unter den FÖJlern meines Gefühls nach größtenteils grünes Gedankengut gewachsen. Das ist sehr angenehm. Ich glaube, man stützt sich da gegenseitig, berät sich, teilt Rezepte. Man ist da auf jeden Fall sehr gut aufgehoben. Die Gespräche sind allgemein politisch, meistens schon sehr engagiert und gut informiert. Dann haben wir die genannten AKs. Das sind Arbeitskreise, die wir auf dieser Landesdelegiertenkonferenz gegründet haben. Die befassen sich mit verschiedenen Themen. Es gibt den AK Natur, welcher Ausflüge in die Natur macht. Die dienen vor allem der Vernetzung der FÖJlerinnen und FÖJlern. Dann gibt es beispielsweise auch den AK Aktivismus oder AKTivismus. Der beschäftigt sich mit Petitionen und Demonstrationen allgemein in Berlin. Es geht um alles, und die verknüpfen sich mit allen FÖJlerinnen und FÖJlern, um aufzuklären, für Demonstrationen anspornen, Petitionen zu verteilen. Das funktioniert sehr gut. Die sind sehr zufrieden mit ihrer Arbeit. Das werten wir zum Beispiel auch jede Woche aus, wie es den Arbeitskreisen geht.

Des Weiteren gibt es den AK Öffentlichkeit – da würde ich direkt auf die Frage zur Öffentlichkeitsarbeit von rechts von mir eingehen. Die haben sich auf die Fahne geschrieben, die mangelnde Öffentlichkeit trotz fehlender finanzieller Mittel selbst in die Hand zu nehmen und über soziale Netzwerke und alles Mögliche das FÖJ zu verbreiten. Das ist noch in den Kinderschuhen, aber so stetig am Wachsen. Da hab ich mir jetzt irgendwie die Frage gestellt, inwiefern Öffentlichkeitsarbeit Sinn ergibt. Wir haben ja gehört, dass es genügend Anfragen gibt. Es waren auf jeden Fall mal mehr, aber es könnten immer auch noch mehr sein. Da habe ich mir die Frage gestellt: Wenn man Öffentlichkeitsarbeit weiterhin betreiben möchte und vor allem erweitern möchte, muss man ja kongruent dazu irgendwie die Plätze an Arbeitsstellen auf jeden Fall erhöhen, weil sonst immer nur mehr Leute abgewiesen werden. Das nur als kleine Frage, vielleicht auch in die Runde, ob mir das jemand beantworten kann.

Dann war noch die Frage zur Engagierten-Ebene von den Grünen. Dazu kann ich Folgendes sagen: Die Engagierten-Ebene ist ein sehr wichtiger Bestandteil, um Projekte im FÖJ zu fördern. Da kann man im Allgemeinen eine reguläre Finanzierung der Engagierten-Ebene fordern. Momentan sind wir immer auf neue Projektförderungen für Projekte angewiesen, da wir kein eingetragener Verein sind. Als Engagierten-Ebene ist das aber auch erschwert, weil man sich nicht bei allen Projektförderung bewerben kann. Deshalb brauchen wir da einfach eine Finanzierung, auf die man sich verlassen kann. Des Weiteren können wir uns nicht immer nur auf Gefälligkeiten von Jugendclubs und Veranstaltungsorten zum Beispiel für die Auftaktveranstaltung oder Veranstaltungen oder einfach Projekte, die wir umsetzen wollen, verlassen. Durch eine dauerhafte Finanzierung wird man das natürlich umgehen und würde neue Perspektiven für die FÖJlerinnen und FÖJler und die Engagierten-Ebene eröffnen. Das wäre sehr löblich.

Dann war die Frage, wie sich die nicht als Sprecherinnen und Sprecher aktive Menschen engagieren können. Alle können in die AGs beitreten und dort ihren Beitrag leisten, dort einfach Teil sein und auch dazulernen, junge vor allem – ich persönlich bin im mittleren Feld des FÖJler-Alters. Ich weiß nicht, ob ihr dazu Statistiken habt, wie das Durchschnittsalter ist? – [Dr. Andrea von Haaren-Kiso (Stiftung Naturschutz Berlin): 18!] – Dann bin ich genau der Durchschnitt, aber auch Jüngere sind Sprecherinnen und Sprecher geworden. Das muss ich auch sagen, dass das auch im Vergleich zur Schule sehr erfrischend ist, dass dieser Altersunterschied bei uns nicht mehr bemerkbar ist. Dadurch, dass es keine Klassen- und Wissensunterschiede durch Klassen gibt, sind wir einfach alle gleich, würde ich sagen. Es ist auf jeden Fall mein Gefühl, und das ist auch das, was ich zusammen mit anderen Leuten reflektiert habe. Es ist sehr angenehm und erfrischend, dass wir einfach alle die gleichen Werte haben – die haben wir natürlich so oder so schon –, aber wir fühlen uns einfach alle gleich, und das ist bei jeder Diskussion auch egal. Nach dem Alter wird auch gar gefragt. Es ist nur wichtig, dass man da ist und seine Meinung teilt und einen guten Umgang miteinander findet.

Dann war noch eine Frage zur Vision 2030. Die beschäftigt sich damit, dass die Plätze auf 200 000 erhöht werden. Das ist vor allem nicht nur aufs FÖJ bezogen. Die haben ganz viele Unterstützer zum Beispiel beim ASB. Da können Sie gerne mal die Seite Vision 2030 googeln. Ganz unten sehen Sie ganz viele Verbände aufgelistet, die das unterstützen. Es ist vor allem zum Beispiel das FSJ, was da unterstützt wird. Es beschäftigt sich mit allen Freiwilligenprogrammen in Deutschland. Ein Einladungsbrief der Bundeswehr für alle jungen Erwachsenen ist in Planung oder ging mittlerweile schon herum, und das ist – ich will jetzt nicht sagen eine Gegenbewegung – eine Einladung zum Mitmachen: Es gibt auch noch andere Sa-

chen, die ihr machen könnt, auch ungefähr um den gleichen Zeitraum – die Grundausbildung dauert auch neun Monate. – Kommt doch einfach mal und schaut es euch auch an. – Das finde ich eine mega Initiative, einfach weil dadurch der soziale Zusammenhang der Gesellschaft gestärkt wird. Junge Menschen merken, was Arbeiten ist, was sie arbeiten wollen, Studienabbrüche vielleicht auch verringert werden. Meines Erachtens nach ist das eine sehr zu fördernde Initiative. Ich hoffe, da können Sie zustimmen. – Sind jetzt alle Ihre Fragen beantwortet? Ich habe hier so ein kleines Wirrwarr aus Fragen. Ich habe probiert, ein System zu erschaffen, und es hat nur so funktioniert, aber wenn ich in zufriedene Gesichter schaue, dann bin ich auch glücklich. Damit danke ich mich noch einmal für die Aufmerksamkeit!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Lehmann! Ich glaube, das war sehr umfangreich, und jeder hat im Nachgang auch noch die Möglichkeit für Kontaktaufnahme und Ähnliches. Fühlen Sie sich bitte eingeladen, auch auf diese Kreise zurückzugreifen. Ich hatte einmal wahrgenommen, dass Sie von Petitionen gesprochen haben. Wir haben im Abgeordnetenhaus auch den Petitionsausschuss. Es erreicht dann auch sofort die Abgeordneten und die Fraktionen, wenn man zum Beispiel gemeinsame Positionspapiere oder Ähnliches entwickelt und sie dann auch an das Abgeordnetenhaus richtet. Es gibt viele Onlineplattformen, die erreichen uns aber nicht so gut wie die eigenen, nämlich der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses, das als kurzer Hinweis. Jetzt würde ich mich noch sehr freuen – die Senatsverwaltung ist auch das eine oder andere Mal angesprochen worden –, dass Sie, Frau Bonde, jetzt gerne noch dazu Stellung nehmen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Herr Lehmann – jetzt gehen Sie gerade weg –, aber Ihnen wollte ich ganz doll danken. Ich wollte Ihnen allen danken, aber Ihnen auch ganz herzlich danken, dass Sie uns so Einblick in Ihre persönliche Motivation und warum Sie diesen Weg gegangen sind haben nehmen lassen. Ganz herzlichen Dank dafür! Jetzt können Sie von mir aus gerne gehen. – Ich möchte nur ganz kurz auf vier Punkte eingehen, bevor ich den Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung das Wort erteile, weil sie diejenigen sind, die das alles begleiten, ins Leben rufen und diesen von Herrn Riedel als so hervorragend bezeichneten Austausch auch mit den Trägern praktizieren. Dafür ganz herzlichen Dank, dass Sie sich mit so viel Engagement – und das geht über die berufliche Pflicht hinaus – diesem Thema widmen. Vielen Dank! – Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Es ist die Frage nach dem Haushalt gestellt worden. Wir als Senatsverwaltung setzen uns natürlich sehr dafür ein, dass die Mittel bestehen bleiben, wie sie aktuell im Haushalt eingestellt sind. Ich möchte noch deutlich das Praktikum hervorheben, das vorhin erwähnt worden ist. Seit dem Ausbildungsjahr 2024/2025 gibt es die Möglichkeit, gemeinsam mit der Handwerkskammer ein zweiwöchiges Praktikum im Handwerk zu machen. Wie da die Resonanz ist, weiß ich nicht, aber das können die Kolleginnen sagen. Ich weiß nur, als ich die 360 FÖJler am 1. September begrüßt habe, dass das auch dort auf starke Resonanz bei denjenigen, die dieses Jahr im FÖJ sind, gestoßen ist. – Das Thema Psychotherapie/Anlaufstelle nehmen wir gerne mit. Den Hinweis darauf halte ich für ein ganz wichtiges Thema. Damit bin ich auch schon fertig und übergebe gerne an die Kollegin.

Ulrike Heibel (SenMVKU): Guten Tag! Ich begrüße alle. – Ich bin seit vielen Jahren in der Fachstelle tätig – 15 Jahre, glaube ich – und begleite das schon eine ganze Weile. Ich würde

mich jetzt zur Zusammenarbeit mit den Trägern und auch mit den Freiwilligen äußern. Da kann ich nur sagen, dass wir gerade gestern ein Treffen mit den Trägern hatten, und wir haben das eingerichtet, dass wir das quartalsweise machen. Einmal im Jahr, am Anfang des Jahres, zur Finanzplanung und zur organisatorischen Sachen findet das bei uns statt, ansonsten wechselweise bei jedem Träger einmal. Das funktioniert super. Zur Zusammenarbeit kann ich nur sagen, dass wir auch gemeinsam die Platzzahlen und die Organisation besprechen. Wir hatten uns vor einer ganzen Weile schon einmal besprochen, dass die Platzzahlen bei 360 Plätzen relativ gut ausgelastet sind. Wenn man den Angefragten für jeden Teilnehmenden einen Platz anbietet – Das ist am Projektjahresanfang relativ hoch und bricht dann sehr schnell auch weg. Das heißt, man muss in so einer Organisation auch das Personal über das ganze Jahr zur Verfügung stellen. Es ist organisatorisch nicht umsetzbar, allen Freiwilligen einen Platz anzubieten, weil das nicht konstant über das ganze Jahr läuft und auch, glaube ich, im Moment jedenfalls nicht finanzierbar ist. Wir sind aber dazu mit den Trägern im Austausch, und da gibt es auch einen Konsens.

Mit den Freiwilligen haben wir auch einen recht guten Austausch. Das ist jetzt für Sie neu, Herr Lehmann. Wir laden – das wissen Sie aber vielleicht von den Teilnehmern oder von den Sprechern vorher – in der Regel, wenn Sie ihre Wahlen vollzogen haben, im Januar alle Sprechenden zu uns ein, um uns selbst vorzustellen, um als Verwaltung nicht so abgehoben dazustehen, sondern eher Ihnen eine Zusammenarbeit anzubieten. Das wurde bisher immer super angenommen. Sie sind im nächsten Jahr dabei, habe ich schon gehört. Sie bekommen dann eine Einladung.

Was die Freiwilligen insgesamt betrifft, möchte ich unser Projekt Brüsselreise erwähnen. Wir haben das initiiert – wir werden aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert –, um den Jugendlichen das auch ein bisschen näherzubringen. Wir haben für einen Teil der Jugendlichen eine Reise ermöglicht. Aus jeder Seminargruppe können zwei Freiwillige nach Brüssel mitkommen, um dort unser Büro in Brüssel, die Gremien in Brüssel und um die Finanzierung vorzustellen, um das alles ein bisschen näherzubringen, was wir hier überhaupt machen. Das versuchen wir nächstes Jahr wieder. Wir wissen noch nicht, wie das ausgeht. Da müssen wir einmal schauen.

Dann würde ich ganz gerne noch etwas zur Finanzierung sagen. Im Moment ist das FÖJ gut ausfinanziert. Das sind verschiedene Komponenten. Wir werden aus dem Europäischen Sozialfonds – ESF – finanziert. Die neue Förderperiode läuft derzeit noch bis zum Jahr 2027 plus zwei, also es gibt immer noch zwei Jahre, in denen übrige Mittel verbraucht werden können. Derzeit ist die ESF-Finanzierung bis zum Jahr 2027 gesichert. Die Kalkulation ist so, dass wir natürlich einen Inflationsaufschlag jedes Jahr auf die Pauschalen kalkulieren. Für diesen Doppelhaushalt habe ich das auch gemacht, sodass für 2025 schon eine pauschale Erhöhung vorgesehen ist. Der Bund finanziert das Ganze mit 200 Euro pro Teilnehmendenmonat. Im Mai gab es eine Bund-Länder-Tagung, auf der uns zugesichert wurde, dass die Mittel für das FÖJ vorerst gesichert sind. Wir bekommen keine Platzerhöhung aufgrund der Haushaltslage, aber bei uns wird auch nichts gestrichen. Das ist schon mal sehr beruhigend, also können wir die nächsten Jahre noch ganz gut kalkulieren.

Die Einsatzstellenbeiträge liegen durchschnittlich bei rund 100 Euro beziehungsweise 98 Euro. Die haben wir gerade etwas erhöht, auch aufgrund der Inflation. Das Land deckt den Fehlbedarf. Das sind etwa 1,8 oder 2 Millionen Euro pro Jahr. Wir haben diese Finanzierung

für 2024. 2025 ist gesichert, und ich gehe mal davon aus, dass sie auch in den nächsten Jahren gesichert sein wird.

Was das Klientel angeht, die Freiwilligenstruktur: A spiegelt das natürlich die Struktur der Jugendlichen in Berlin wieder, und b sind wir auch durch den ESF gehalten, Jugendliche in das Projekt aufzunehmen, die eben nicht so gut vermittelbar sind. Darauf legen wir auch ganz großen Wert, und die Träger leisten da auch eine super Arbeit, und wir versuchen, so gut wie es geht zu unterstützen, würden uns aber auch wünschen, dass zum Beispiel mehr finanzierbar wäre. Wir hatten mal drüber nachgedacht, eine Stelle oder eine halbe Stelle als Beratung für alle Träger anzudocken – da müssen wir schauen, ob das in irgendeiner Form finanzierbar ist – oder eben andere Beratungsangebote. Da sind wir aber auch im Austausch. – Ich glaube, aus meiner Sicht war es das. Ich gebe mal an meine Kollegin weiter.

Ulrike Heuer-Serger (SenMVKU): Vielen Dank! – Sehr geehrte Anwesende! Ich fasse es mal kurz. Ich möchte auf das Stichwort Öffentlichkeitsarbeit eingehen und darauf, was wir vonseiten der Fachstelle da zurzeit gerade machen, wie wir vorgehen. Es gibt bestimmte Printmedien, die wir gerade neu gestaltet haben, zum Beispiel die Flyer, die Poster und auch Rollups und Ähnliches, womit wir dann auf Veranstaltungen sind. Der Flyer wird in sechs Sprachen übersetzt, um auch Menschen mit einem migrantischen Hintergrund anzusprechen, also in Englisch, Türkisch, Russisch, Arabisch, Vietnamesisch und auch in leichter Sprache, um Menschen mit einem etwas niedrigeren Bildungsstand anzusprechen. Das wird an relevante Akteure in einer hohen Auflage verteilt, um auch wirklich alles gut abdecken zu können und die Information zu verteilen, also über die Jugendberufsagenturen, vor allen Dingen über Umweltbildungszentren, aber auch Berufsorientierungsangebote an Schulen und eben auch Migrantinnen- und Migrantenorganisationen.

Von Ihnen, Herr Lehmann, wurde das Internet angesprochen. Auch da sind wir dabei, das zielgruppenorientierter zu überarbeiten. Die Homepage wird neu gestaltet, wird etwas kürzer gefasst und dann auch benutzerfreundlicher sein. Zielgruppengerechte Ansprache heißt für uns, dass wir Social Media mehr bedienen wollen, vor allen Dingen zu öffentlich wirksamen Terminen, wie wir jetzt schon mehrfach gehört haben. Auch die Auftaktveranstaltung oder auch die Reise nach Brüssel sind Veranstaltungen, die das FÖJ zusätzlich attraktiv machen. Zur Reise nach Brüssel hat meine Kollegin jetzt schon einiges gesagt. Das wäre sehr schön, wenn wir das nächste Jahr auch wieder anbieten könnten. Dann wird es demnächst eine Informationsveranstaltung zum FÖJ im Handwerk geben; dazu komme ich auch gleich ganz kurz, weil da auch eine Frage von Dr. Altuğ kam, über die ich mich auch sehr gefreut habe. Wir wollten in diesem Jahr bei beim Umweltfestival am Brandenburger Tor am 1. Juni mit einem Stand teilnehmen. Wir haben gestern bei der Trägerversammlung darüber gesprochen, dass wir das gerne auch mit den Trägern gemeinsam machen, damit wir mit dem FÖJ sichtbar sind.

Noch ganz kurz zum Projekt „Praktikum im Handwerk“, das fängt in diesem Projektjahr erstmalig an: Wir bieten die Möglichkeit, ein zweiwöchiges Praktikum in Handwerksbetrieben zu absolvieren. Senatorin Bonde hatte schon angedeutet, dass bei der Auftaktveranstaltung bei der Abfrage sehr viele aufgestanden sind und sich das gut vorstellen könnten teilzunehmen. Wir haben am 25. November eine Informationsveranstaltung, wo die Freiwilligen teilnehmen können. Danach haben wir dann mehr Aufschluss darüber, wie viele sich interessieren. Wir rühren da im Moment gerade auch von Trägerseite aus die Werbetrommel und

sind dabei, das in Freiwilligenkreisen zu kommunizieren. Die Einladung an diese ist auch schon rausgegangen, dass sie möglichst dann am 25. November in der Handwerkskammer, die Gastgeber sind, teilnehmen. Wie gesagt, auch das wollten wir dann über Social Media kommunizieren. Das sind erst einmal so die Punkte von meiner Seite aus.

Judith Scheer (SenMVKU): Sehr geehrte Anwesenden! Auch von meiner Seite noch einmal ein danke für die Möglichkeit, hier zum FÖJ sprechen zu können! Ich würde nur ganz kurz noch ein paar Punkte nennen. Grundsätzlich haben Freiwillige einen Anspruch auf Kindergeld und Wohngeld entsprechend der gesetzlichen Vorgaben, allerdings keinen Rechtsanspruch auf das BAföG, aber das nehmen wir mit. Das muss natürlich auf Bundesebene entschieden werden. Das BAföG gilt nur für Schülerinnen und Schüler und Studierende, aber das ist eigentlich auch nicht mehr vertretbar, warum denn eigentlich nicht für Freiwillige.

Zum Thema 11. Schuljahr: Dieses Pflichtschuljahr besteht erst seit diesem Schuljahr und auch dementsprechend seit diesem Projektjahr. Als das rechtskräftig wurde, waren eigentlich unsere Träger schon mit allen Freiwilligen ausgelastet. Das war schon alles in Sack und Tüten. Wir können eigentlich noch gar nicht sagen, wie das in Anspruch genommen wird, aber das berücksichtigen wir natürlich in unserer Öffentlichkeitsarbeit, werden es auch noch einmal explizit an die Berufsorientierung in den Schulen schicken und hoffen, da eine andere Zielgruppe erschließen zu können. Wir sind auch sehr gespannt, wie der Rücklauf sein wird. So viel dazu!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! – Wir sind schon ein bisschen über der Zeit; wir haben trotzdem noch zwei Wortmeldungen, einmal der Abgeordnete Schlüsselburg, und dann wollen wir gerne auch Herrn Lehmann noch einmal das Wort geben. – Nein, das ist in Ordnung, Sie können gerne noch einmal kurz etwas sagen. Wir würden danach wirklich nur gerne zum Abschluss kommen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Als heutiger Gast in diesem Ausschuss aber haushaltspolitischer Sprecher meiner Fraktion wollte ich eine Nachfrage zu den Ausführungen des Senats stellen, und zwar, ob und inwieweit Sie Ihre Aussage, dass die Finanzierung von FÖJ und FSJ gesichert ist, auch vor dem Hintergrund der wahrscheinlich auf uns zukommenden oder sehr wahrscheinlich auf uns zukommenden vorläufigen Haushaltswirtschaft des Bundes aufrechterhalten. Da ich nicht Fachpolitiker bin und jetzt nicht vollumfänglich die Rechtsgrundlagen der Finanzierung auf Bundesebene durchblicke, wollte ich die Frage an dieser Stelle stellen: Gehören die Ausgaben zu den Ausgaben, die dann auf Basis des jetzigen Haushaltsansatzes im Bund fortgeschrieben werden, oder haben wir da irgendwelche Unsicherheiten? Falls ja: Gibt es da gegebenenfalls ein Haushaltsrisiko für das Land, in welcher Größe, das Sie jetzt abschätzen können?

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Dann gerne Herr Lehmann!

Bruno Lehmann (FÖJ - Berliner Landessprecher*innen): Ich wollte nur auf die Frage zum handwerklichen Praktikum von vorhin eingehen. Die habe ich vorhin überlesen, und jetzt wurde es noch einmal angesprochen, deshalb habe ich mich erinnert. Die kam, glaube ich, von Herrn Zander. Ich wollte nur sagen, dass wir momentan die Seminartage haben – 25 Stück, die wir absolvieren müssen. Gestern wurde gefragt, wie viele denn Interesse hätten und sich da schon eingeschrieben haben. Eine einzelne Person hat sich gemeldet, dass da Inte-

resse besteht, aber noch keine Zusage geschickt wurde. Das soll keinesfalls sagen, dass das eine schlechte Idee ist, das finde ich auf gar keinen Fall. Das ist eine super Idee, aber da muss man vielleicht wirklich noch einmal energischer darauf eingehen, weil, wie Sie schon sagten, bei der Auftaktveranstaltung das Interesse riesig war, ganz viele sind aufgestanden, und da noch einmal genauer darauf eingehen. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! Zwei kurze Fragen mit der Bitte um vielleicht, wenn möglich, auch kurze Beantwortung.

Ulrike Heibel (SenMVKU): Zu den Finanzen Bund: Tatsächlich ist der Haushalt nicht verabschiedet. Wir haben das im Mai und auch in den nachfolgenden Monaten – das gilt für das FÖJ, für das FSJ waren sowieso Streichungen oder Kürzungen geplant, auch weniger als vorab, aber für das FÖJ sollte das kontinuierlich so weitergehen. Das müssen wir tatsächlich abwarten, aber ich gehe mal trotzdem davon aus, weil das ein kleineres Projekt ist, das nicht so eine Riesenauswirkung im Haushalt hat. Ich hoffe, dass das gesichert bleibt.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank! – Dann haben wir das soweit erst mal. Das ist jetzt wahrscheinlich nicht ganz befriedigend, aber die Entwicklung werden wir entsprechend begleiten. Vielen Dank an die drei Anzuhörenden! Noch einmal: Toll, dass Sie unsere Gäste waren! Wenn Sie mögen, können Sie natürlich gerne noch bleiben. Wir haben noch eine ambitionierte Tagesordnung mit weiteren Punkten. – Vielleicht kurz als Ergebnis: Die Besprechung zu TOP 3 wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit Einvernehmen bei den Abgeordneten? – Das ist der Fall.

Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1109

**Gesetz zur Einführung der Verpackungssteuer im
Land Berlin**

[0117](#)
UK(f)
Haupt
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Dazu haben wir eine kleinere Anhörung; wir haben nämlich nur einen Gast. Außerdem haben wir aus der Senatsverwaltung zu diesem TOP Frau Tamara Fischer aus der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt und Frau Bettina Werth aus der Senatsverwaltung für Finanzen da. Sind beide zugegen? – Wenn ja, kommen Sie gerne nach vorne zu uns. Wir haben gerade drei Plätze für Sie frei gemacht, und demnach sind Sie hier ganz willkommen. – Als Anzuhörende begrüße ich ganz herzlich heute digital zugeschaltet Frau Claudia Patzwahl aus der Universitätsstadt Tübingen, Fachabteilung Steuern, Projektleitung und Verpackungssteuer. – Danke übrigens für Ihre Geduld! Ich weiß, Sie waren sogar schon um 9.00 Uhr ganz pünktlich mit dabei. Ich hoffe, Sie haben die Zeit trotzdem noch auch für andere schöne Sachen nutzen können. Wir freuen uns in jedem Fall, dass Sie für uns die Möglichkeit eingeräumt haben, Rede und Antwort zu stehen und ein bisschen vielleicht bei dem Antrag, der hier vorliegt, entsprechend zu kommentieren.

Sie sind alle darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und die Aufzeichnung auf der Webseite aufzurufen sein wird. Das haben Sie vorhin schon bestätigt, jetzt gerne noch einmal. – Ich sehe keinen Widerspruch. Auch hier ist angeregt, bei TOP 4 ein Wortprotokoll zu führen. – Da sehe ich auch keinen Widerspruch. Dann hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Möglichkeit zur Begründung des Antrages. Wer übernimmt? – Frau Schneider, Sie haben das Wort!

Julia Schneider (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich sehr, dass wir heute über das Gesetz zur Einführung der Verpackungssteuer auf Einweggeschirr im Land Berlin sprechen werden. Wir sprechen hier häufiger über Müll und darüber, dass unsere Straßen darunter leiden – nicht nur die Straßen, auch die Grünflächen –, dass immer mehr Verpackungsmüll in die Gegend geworfen wird, vielleicht nicht sachgerecht entsorgt wird. Es gab mal eine Schriftliche Anfrage von mir im letzten Jahr, in der ich nachgefragt habe, wie es eigentlich aus auf Spielplätzen und auf öffentlichen Plätzen aussieht. Was ist da vorrangig der Müll, der zu finden ist? – Es kam raus, dass es vorrangig Verpackungsmüll ist, also da sprechen wir von Coffee-to-go-Bechern. Da werden pro Tag in Berlin wohl so ungefähr 460 000 verbraucht, das heißt einmal benutzt und weggeworfen. Wir sprechen aber auch von – Sie kennen diese Boxen, in denen man Essen transportiert – Pizzakartons und so weiter. Das sind alles Gegenstände, die sehr groß sind, sehr leicht. Wenn wir dann merken, dass das Aufkommen im Gewicht immer höher wird, dann müssen wir uns mal die enorme Menge vorstellen, die sich hinter diesem Gewicht verbirgt. Es ist ein auch flächenmäßig großes Thema.

Das Schöne ist, es gibt eine Lösung oder einen Weg, dagegen anzukämpfen, dass immer mehr Müll entsteht. Das sagen wir auch. Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Es gibt die Möglichkeit, Mehrwegbehältnisse zu nutzen. Dazu gibt es die Mehrwegangebotspflicht, die bereits seit 01. Januar 2023, glaube ich, in Kraft getreten ist, teilweise aber nicht umgesetzt wird. Die Kontrolle ist auch mäßig, und es gibt einfach viele Orte, an denen leider noch keine Mehrwegbehältnisse angeboten werden, obwohl das ja so viel einfacher wäre, Behältnisse mehrfach zu verwenden, nicht zu produzieren, Ressourcen zu verwenden, um sie dann wegzuworfen. Genau das wollen wir natürlich gerne fördern. Wir wollen gerne Mehrweg fördern. Wir wollen dafür sorgen, dass weniger Müll produziert wird. Deswegen wollen wir auch dafür sorgen, dass weniger Produkte hergestellt werden, um sie nur einmal zu nutzen. Am Beispiel eines Kaffeebechers kann man sich das in der Praxis so vorstellen: Ich gehe irgendwo hin, kaufe mir einen Kaffee, und wenn ich dann einen Wegwerfbecher dort kaufe, dann bezahle ich eben eine kleine Gebühr dafür – wie die ausgestaltet ist, kann man sich entscheiden –, oder ich entscheide mich direkt vor Ort dafür, einen Mehrwegbecher zu benutzen, habe den entweder dabei oder nehme ein Pfandbecher von dem Gastronomen oder von dem Café, von dem ich den Kaffee mitnehmen möchte und gebe ihn dann vielleicht auch wieder zurück.

Das sind die Möglichkeiten, um das einmal in der Praxis besprochen zu haben. Das Ergebnis, was wir erhoffen, ist dann weniger Müll auf den Straßen und in der Stadt zu haben, die Natur weniger zu belasten, attraktiver für Tourismus zu sein – denn eine saubere Stadt ist auch sehr attraktiv –, und es geht auch ums Finanzielle, um die Entsorgungskosten zu verringern. Denn wir haben auch hier darüber gesprochen, dass der Auftrag der BSR dankenswerterweise immer weiter erweitert wird und mehr Spielplätze/Plätze gereinigt werden. Wir hatten die Hoffnung, dass in den Bezirken mehr Mittel frei würden, um Grünflächenpflege zu betreiben; auch hier im Ausschuss haben wir das gehört. Das ist leider nicht so, weil der Müll einfach noch viel schneller nachwächst, als er entsorgt wird. Es wäre doch schön, wenn wir da einen anderen Hebel setzen würden.

Ich habe jetzt gesagt, dass in Tübingen, wir haben ja heute zu Frau Patzwahl aus Tübingen zu Gast, im Januar 2022 mit dem Projekt dieser Verpackungssteuer gestartet wurde. Sie können uns jetzt bestimmt gleich berichten, welche Erfahrungen Sie seit Inkrafttreten gesammelt haben. Ich will noch einmal kurz sagen: Bundesweit gibt es ein großes Interesse daran, dass diese Verpackungssteuer auf Einweggeschirr eingeführt wird. Wir wissen, wie die Situation jetzt im Bund ist. Ich glaube, da können wir erst mal nicht darauf warten, sondern wir müssen, so schnell es geht, Aktion für Berlin ergreifen. Es ist auch so, dass laut der Deutschen Umwelthilfe bereits 120 deutsche Städte an der Einführung der Verpackungssteuer interessiert sind. Vier werden nächstes Jahr nachziehen und andere warten noch auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das sich mit der mit der Steuer beschäftigt, aber vermutlich – wir wissen es natürlich nicht – positiv ausfallen wird. Ich glaube, wir haben ja alle zusammen das gleiche Ziel, Müll zu verringern, Ressourcen zu schonen, unsere Stadt lebenswert und schön zu halten und vielleicht auch noch den Landeshaushalt durch geringere Entsorgungskosten zu entlasten. Kurzfristig ist es eine Steuer, die Einnahmen generieren wird, das ist aber nicht das langfristige Ziel, sondern es ist eine Steuer, die sich selbst aufheben soll. Das Ziel ist, dass immer weniger Einweggeschirr verwendet wird und dadurch die Steuereinnahmen sinken, bis sie wieder weg ist.

Jetzt bin ich sehr auf Ihre Ausführungen, Frau Patzwahl, gespannt. Ich freue mich sehr auf unsere Diskussion hier im Ausschuss, und weiß auch, Herr Freymark, dass Sie sich schon

2016 für eine Verpackungssteuer ausgesprochen haben. Das ist schon länger her, toll! Wir hatten uns als Rot-Rot-Grün mit der Linken und der SPD im Abfallwirtschaftskonzept darauf geeinigt, dass wir prüfen, ob wir diese Verpackungssteuer einführen. Es gab den Versuch schon einmal. Damals war noch die Aussage, dass wir auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, was anhängig war, warten. Jetzt haben wir dieses Urteil mitbekommen, jetzt wissen wir, wie die Sachlage ist, und es steht der Einführung eigentlich gar nichts mehr im Wege. Deswegen freue ich mich auf die Diskussion.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Schneider! – Weil Sie mich kurz angesprochen haben: Das hat damals die Morgenpost behauptet, dass ich das gesagt habe. Es war nicht so, dass ich mich dafür aktiv eingesetzt habe. Das will ich nur der Form halber sagen. Frau Patzwahl ist schon fast in Stellung, aber der Senat hat noch die Chance für eine einleitende Stellungnahme. Das wollen wir ihm auch gerne gewähren.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Patzwahl! Schön, dass Sie dabei sind! Seien Sie herzlich willkommen! Ich möchte ganz kurz zu dem Antrag Stellung nehmen. Aus unserer Sicht, aus Sicht des Senats bedarf es einer kommunal- und länderübergreifenden Lösung, um bei allen Verbraucherinnen und Verbrauchern ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Mehrwegthemen auch anders behandelt werden und Ressourcenschutz stattfinden soll. Deswegen hat Berlin bei der Umweltministerkonferenz schon im Dezember 2023 darauf gedrungen, und die Länder haben es auch beschlossen, dass der Bund eine Regelung erlassen soll, damit To-go-Verpackungen nicht mehr kostenlos abgegeben werden dürfen. Damit ist auch das Bundesumweltministerium aufgefordert, mit den betroffenen Verbänden in den Dialog zu gehen, wie es bereits in der Vergangenheit bei Einwegplastiktüten praktiziert wurde.

Zudem gehen wir davon aus – und haben auch das deutliche Signal –, dass das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr entscheiden wird. Insofern sehen wir einen Alleingang des Landes Berlin als nicht erforderlich an, sondern wir glauben, dass es nur Sinn ergibt, wenn es kommunal- und länderübergreifend tatsächlich zu einer bundesweiten Regelung kommt.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Senatorin Bonde! – Frau Patzwahl, danke für Ihre Geduld! Sie haben das Wort.

Claudia Patzwahl (Universitätsstadt Tübingen; Fachabteilung Steuern, Projektleitung, Verpackungssteuer) [zugeschaltet]: Wunderbar! Einen schönen guten Tag aus Tübingen, aus dem Süden Deutschlands. Ich entschuldige mich, dass ich nicht persönlich da bin, aber die Anreise ist einfach immens. Das ist von Tübingen nach Berlin eine Strecke, deswegen heute digital in Berlin. Ich habe Ihnen eine Präsentation mitgebracht. Ich habe eine Fünf-Minuten-Vorgabe bekommen, deswegen ist es sehr gestrafft. Das ist ein sehr umfangreiches Thema. Deswegen baue ich auf Ihre Nachfragen. Wenn Sie etwas wissen möchten, trauen Sie sich bitte zu fragen. Ich denke, ich habe die Antworten dabei. Ich versuche, eine ganz kurze straffe Einführung zu machen und hoffe, dass das klappt. Wir haben die Präsentation getestet. Sie sollten die erste Folie sehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Verpackungssteuer seit 1. Januar 2022 in Tübingen: Den Grund sehen Sie schon auf dem Foto, das ich in die Präsentation eingearbeitet habe. Es ist offensichtlich. Das ist ein Foto der Neckarbrücke bei uns, das ist eine zentrale Strecke in Richtung Altstadt, also sehr stark frequentiert. So sah es aus; das Foto habe ich im Sommer 2021 selbst gemacht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Warum überhaupt eine Verpackungssteuer? – Ich möchte ganz kurz Zahlen der Deutschen Umwelthilfe erwähnen: 190 000 Tonnen Einwegmüll in den Städten und Gemeinden, also 190 000 Tonnen; das muss man sich einfach mal verbildlichen. 40 Prozent vom Straßenmüll sind Einwegverpackungen. Das ist ein bisschen die Ausgangsposition. Die Vermüllung durch Einwegverpackungen prägen das Stadtbild – ich habe das Foto gerade gezeigt –, das war auch bei uns in Tübingen so. Die Entsorgung des Verpackungsmülls kostete die Stadt – das haben wir einmal errechnet – 700 000 Euro pro Jahr. Das ist eine Circa-Angabe. Wir hatten schon ein Förderprogramm für Mehrweggeschirr, aber das allein war nicht ausreichend. Das haben wir festgestellt, und deshalb gab es die Überlegung, in Tübingen eine Verpackungssteuer einzuführen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das ist eine Pionierarbeit. Wir sind da wirklich seit zwei Jahren alleine und freuen uns, dass Konstanz uns folgt. Mit dem 1. Januar 2025 ist Konstanz die nächste Stadt, die mit der Verpackungssteuer startet. Wir sind da auch im Austausch. Ich kann nur bestätigen, dass die Nachfrage von Städten groß ist. Wir selbst haben in der Stadt Tübingen persönlichen Kontakt, wirklich im direkten Austausch über Telefon oder E-Mails, mit über 100 Städten und Gemeinden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was ist steuerpflichtig? – In aller Kürze: Es ist natürlich das klassische Imbissgeschäft, das jeder sofort im Kopf hat: Der Dönerverkauf, die Systemgastronomie, McDonalds, Burger King, Subway und Kentucky Fried Chicken oder wie die alle heißen, aber es sind auch Supermärkte mit bestimmten Produkten, nicht generell, Tankstellen mit Verkauf von Lebensmitteln, also vor allen Dingen, wenn es Warentheken und so weiter gibt, Bäckereien, Cafés, Metzgereien, Gaststätten, Restaurants, Schul- und Betriebskantinen, je nachdem, was dort angeboten wird.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich habe ein Beispiel aus unserem Flyer mitgebracht, was Verpackungssteuer eigentlich heißt, was Einwegverpackungen sind, die darunter fallen. Ich will es gar nicht weiter ausführen, 50 Cent auf den klassischen Kaffee-to-go-Becher, aber auch auf Shakes, auf alkoholfreie Getränke, auf Cocktails, auf Weinschorle oder was auch immer heutzutage in Einwegverpackungen abgefüllt wird.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Im Bereich der Speisen – Getränke hatten wir gerade eben, das sind die Speisen – unterscheiden wir in unserer Verpackungssteuer zwischen warmen Essen und kalten Speisen. Das hängt

mit diesem Rechtsbegriff „sofortiger Verzehr an Ort und Stelle“ zusammen. Wir haben einen ganz guten Weg gefunden, wie wir das einschätzen, und das Bundesverwaltungsgericht hat uns da auch Recht gegeben, und man konnte die Unterscheidung mit und ohne Besteck bei kalten Speisen und warmen Speisen generell nachvollziehen. Dann noch das Besteck, um es kurz zu erwähnen: ab einer bestimmten Größe – hier sind es mehr als 10 Zentimeter – 20 Cent. Es sind immer Nettopreise, ich sage es einmal, darauf kommt noch Umsatzsteuer. Deswegen finden Sie bei uns in Tübingen auch mal 60 Cent Verpackungssteuer als Kundin oder Kunde, weil dann die Betriebe die Mehrwertsteuer darauf miterheben.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das ist unser Informationsmaterial, das findet man auch bei uns im Internet, mit dem wir an den Start gegangen sind. Das ist sehr wichtig, sehr umfangreich zu informieren, die Betriebe mitzunehmen, frühzeitig mit denen in das Gespräch zu gehen, Probleme anzusprechen oder auch Hilfestellungen bei der Lösung zu geben, vor allem das Plakat mit den Icons, wo durch Bilder dargestellt wird, was eigentlich die Verpackungssteuer ist, was darunter fällt. Das ist auch bei Sprachbarrieren ganz gut, sowohl bei den Mitarbeitenden in den Betrieben – in der Gastronomie sind nicht immer alle hundertprozentig fit in der deutschen Sprache –, als auch bei den Kundinnen und Kunden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was ist der Effekt der Verpackungssteuer? – Ich habe gesagt, dass wir einen Mehrwegförderprogramm in Tübingen hatten, das hat auch schon gegriffen, das sieht man. Das waren bis in das dritte Quartal 2021 30 Betriebe, dann sind wir in die Informationskampagne gegangen, dass die Verpackungssteuer mit Start 2022 wirklich kommt, und dann sieht man zwischen den beiden Pfeilen den deutlichen Anstieg. Die Betriebe haben sich gemeldet und haben gesagt, dass sie gerne Mehrweg anbieten möchten, und haben das Förderprogramm in Anspruch genommen. Ich kann dazusagen, dass Tübingen pro Kopf gerechnet bei der Anzahl der Betriebe, die Mehrweg anbieten, führend in Deutschland ist. Wir führen das auf die Verpackungssteuer zurück.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Natürlich ist es immer eine spannende Frage, was man damit einnimmt und was es kostet. Das ist auch eine wichtige Frage, wenn man den Aufwand betreibt. Für das Jahr 2022 – wir veranschlagen gerade zwei Jahre – haben wir Steuerbescheide, das sind wirklich Bescheide, die von unserer Steuerbehörde rausgegangen sind, in Höhe von 950 000 Euro verschickt. Die graue Zahl, die 720 000 Euro, ist die Summe, die schon in der Stadtkasse eingegangen ist. Das wurde schon bezahlt. Für das Jahr 2023 sind wir bei 635 000 Euro. Da sind wir ungefähr, wirklich ganz grob, bei der Hälfte der Betriebe, die wir veranlagt haben, also die einen Steuerbescheid bekommen haben, und davon sind 530 000 Euro bereits eingegangen. Da steht noch etwas aus. Das ist noch nicht die endgültige Summe. Für 2024 haben wir auch schon manchen Eingang, bei Betriebsaufgabe oder wie auch immer, aber das würde nur in die Irre führen, wenn ich die Zahl präsentieren würde. Damit Sie es auch ein bisschen einordnen können: So ein Steuerbescheid hat wirklich eine Höhe von 1 Euro bis 164 400 Euro. Das ist die Bandbreite, die ein Betrieb an Verpackungssteuer bezahlt.

Was sind die Kosten pro Jahr? – Wir haben im Moment zwei Personalstellen: eine 75-Prozent-Stelle Projektleitung, das bin ich, und ich habe einen Kollegen mit 50 Prozent Sachbearbeitung, das sind rund 100 000 Euro im Jahr, was es die Stadt kostet. Sie können selbst den Effekt sehen, was man damit einnimmt. Wir planen künftig mit 50 Prozent Sachbearbeitung auszukommen, das sind dann 35 000 Euro, weil je mehr Routine, umso einfacher wird es in der Sachbearbeitung. Dann können wir auch mit den Personalkosten in den Folgejahren runtergehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der Rechtsstreit wurde schon kurz angesprochen. Beim Verwaltungsgericht Mannheim haben wir noch im März 2022 verloren, aber das Bundesverwaltungsgericht hat im Revisionsverfahren im Mai 2023 die Verpackungssteuer – wie soll man sagen? – für rechtmäßig erklärt. Es gab zwei Sachen – die tun uns aber nicht weh, die tun der Sache auch keinen Abbruch –, die für unwirksam erklärt wurden, und damit gilt die Verpackungssteuer seit dem 1. Januar 2022, und wir haben auch rückwirkend erhobene. Wir haben keine zusätzlichen Änderungen in der Satzung gemacht, weil wir das nicht für erforderlich gehalten haben. Wir haben im September 2023 erfahren, dass die Klägerin der anderen Gerichtsverfahren, unsere Franchise-Nehmerin von McDonalds, Klage beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet hat. Das ist ein komplett eigenständiges Verfahren. Das hat mit den vorgenannten Verfahren erst einmal direkt nichts zu tun. Wir warten darauf. Die erste Ankündigung war, dass es zwischen drei und fünf Jahren dauern könnte. Das hat sich jetzt hoffentlich ein bisschen optimistischer gestaltet, weil das Bundesverfassungsgericht das in 2024 auf seine Agenda gesetzt hat. Ob es noch dieses Jahr kommt, weiß ich nicht. Unsere Hoffnung liegt auf Frühjahr/Frühsummer nächsten Jahres, aber versprechen kann uns das niemand. Ich sage gleich dazu: Ja, wir sind da siegesgewiss. Wir sind uns vor allen Dingen nach der Verhandlung beim Bundesverwaltungsgericht sehr sicher, dass wir auch beim Bundesverfassungsgericht nicht unterliegen werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zum Schluss noch einmal das Bild vom Sommer 2021 und jetzt vom Juni 2024; das habe ich auch wieder selbst gemacht, das ist wieder Brücke, nur eine ein bisschen andere Perspektive, aber es exakt die beiden gleichen Mülleimer. Sie sehen schon, der ganze Berg außen rum – – Es ist auch zu einer ähnlichen Tageszeit, es ist wirklich vergleichbar. Das ist das Einzige, was ich Ihnen an Fakten außer dem Mehrweganstieg der Betriebe, die daran teilnehmen, liefern kann, weil es mit dem Müll sehr komplex ist. Auf Nachfragen beantworte ich das gerne noch.

Ich habe vorhin aufmerksam zugehört, und ich kann wirklich sagen, dass die Verpackungssteuer ein guter Beitrag ist, um etwas zu finanzieren, zum Beispiel ein FÖJ. Natürlich gehen die Einnahmen erst einmal in die Stadtkasse insgesamt rein, aber man kann das zum Beispiel für solche Projekte nutzen. Die Verpackungssteuer ist ein Verursacherprinzip. Dadurch, dass ich das von den Kundinnen und Kunden hole, die eine Einwegverpackung kaufen oder konsumieren, zahlen die letztendlich auch für die Beseitigung, ansonsten macht es allgemein der Steuerzahler. Ob das sozial ist, muss jeder für sich selbst beantworten, aber es ist auf jeden Fall eine gute Finanzierungsquelle.

Natürlich wird die Verpackungssteuer abnehmen, das will ich vollständigshalber auch sagen. Sie entwickelt ihren Lenkungseffekt, in Tübingen ist es schon so, aber sie wird immer

noch ein gewisses Aufkommen haben, dass es sich auf jeden Fall rentiert, sie zu erheben. Das können wir auf jeden Fall schon einmal sagen. – Das war die Präsentation von mir. Ich stehe sehr gerne noch für Fragen zur Verfügung. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Patzwahl! – Das war trotzdem kurz, knapp und bündig. Vielen Dank für den tollen Überblick, den Sie uns mal in die Tübinger Geschicke gewährt haben! – Wir hätten jetzt die Möglichkeit, in die Aussprache zu gehen. – Ich habe Wortmeldungen von Frau Schneider, Frau Vierecke, Herrn Schenk, Herrn Bertram und Herrn Koçak. Dann wären alle Fraktionen vertreten. Wir beginnen mit Frau Schneider.

Julia Schneider (GRÜNE): Vielen Dank für die Ausführungen, Frau Patzwahl! – Ich habe – es war akustisch am Anfang nicht so gut zu verstehen – eine Nachfrage, und zwar haben Sie gesagt, dass entweder 40 oder 50 Prozent dieser 190 000 Tonnen – unglaubliche Zahl – pro Jahr in den Städten Einweggeschirr sind. Vielleicht können Sie es noch einmal sagen, ob es 40 oder 50 Prozent sind. Das ist schon ein Unterschied, ob man von 100 000 Tonnen spricht.

Eine weitere Frage war: Sie haben es gerade schon angesprochen – und ich habe es auch gesagt –, dass das eine Steuer ist, die sich auf mittlere Sicht selbst abschaffen soll. Können Sie das schon in den Einnahmen sehen? Verändert sich das schon? Sie haben auch gesagt, dass die Mehrwegangebote seit Einführung der Verpackungssteuer sehr stark gestiegen sind, dass Sie aber auch ein Programm zur Mehrwegförderung haben. Das ist vermutlich mehr als eine Kampagne. Wir haben in Berlin öfter Kampagnen, wir hatten damals auch den Better-World-Cup – so hieß das, glaube ich, – als Kampagne, und die Kampagnen sind auch alle schön, aber ich weiß immer nicht, wie groß am Ende der Nutzen ist. Deswegen interessiert es mich, falls Sie über eine Kampagne hinaus etwas gemacht haben, was Sie gemacht haben.

Vom BUND gab es auch eine Pressemitteilung zum Thema Verpackungssteuer, und die hatten von 40 Millionen Euro Einnahmen gesprochen, hochgerechnet vom Tübinger Beispiel auf Berlin. Jetzt weiß ich nicht, ob die Gastronomiedichte ähnlich ist. Es kommt sicherlich darauf an. Wer geht denn in der Gastronomie sich etwas zu Essen abholen? Das sind vielleicht auch eher finanzstärkere Menschen, das ist in Tübingen vielleicht auch anders ausgestaltet als in Berlin. Man kann es bestimmt nicht eins zu eins übernehmen, aber da interessiert mich trotzdem vielleicht aus Ihrer Sichte eine Einschätzung. Ich glaube, ich belasse es erst einmal dabei und frage sonst später noch einmal. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Frau Schneider! – Dann machen wir direkt mit Frau Vierecke weiter.

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Anzuhörende, dass Sie mit uns Ihre Expertise und Erfahrungen geteilt haben! Wir als SPD-Fraktion haben uns auch mit dem Thema befasst und einen Prüfauftrag für die Verpackungssteuer beschlossen, weil wir dieses Müllproblem von allen Seiten anschauen. In meinem Wahlkreis ist der Mauerpark, und so ein Foto, wie Sie es am Anfang aus Tübingen gezeigt haben, kann ich da quasi jeden Tag und vor allem Wochenende schießen. Man merkt, dass man dieser Flut an Einwegmüll nicht hinterherkommt, die Menschen auch bequem sind und solange diese Wege noch da sind, diese auch nehmen. Ich verstehe das auch. Wir haben tatsächlich auch konkret in dem Park der BSR den Auftrag gegeben zu reinigen. Das kostet auch Geld. Deswegen ist es uns ein Anlie-

gen, zumindest einmal zu prüfen, wie das auf Berliner Ebene aussehe. Natürlich gibt es auch ganz klar die Vorbehalte, weil wir keine endgültige Rechtsprechung haben. Ich glaube, das ist auch verständlich, dass bei den Kolleginnen und Kollegen bei mir in der Fraktion, aber auch in anderen Fraktionen, so ein bisschen ein: Na ja, mal schauen, was da geurteilt wird –, gibt und dass generell eine Lösung auf Bundesebene uns allen gut gefällt. Trotzdem finde ich, haben wir in Berlin, in der großen Stadt, immer wieder das Thema Müll. Das ist eines, das uns immer widergespiegelt wird, und sind in der Verantwortung, jede Lösung von allen Seiten anzuschauen und auch solche noch neuen Wege zu prüfen. Da bitte ich auch darum, dass wir das hoffentlich tun, hoffentlich auch mit dem Koalitionspartner.

Ich habe dazu ein paar Fragen an Frau Patzwahl – vielleicht haben Sie es auch gesagt; tatsächlich war es akustisch schwer zu verstehen –: Wo gehen die Einnahmen bei Ihnen hin? In eine Globalsumme oder gesteuert? – Welche Reaktion gibt es von den Betrieben? Das ist auch eine Angst. Einer klagt, aber vielleicht können Sie noch mehr erzählen. Es gibt vor allem auch kleinere Betriebe, das ist auch bei uns die größte Angst, die wir nicht noch extra belasten wollen, sondern man muss das wenn so machen, dass das irgendwie funktionieren kann oder sehr einfach ist. Hat die Mehrweggebotspflicht, die ab 2023 gilt, dass das eigentlich auch anzubieten ist – ich sage „eigentlich“, das ist Berlin auch nicht Realität, dass man entscheiden kann, was man nimmt –, etwas für Tübingen verändert? Wenn Sie dazu noch Stellung nehmen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Danke schön! – Wir sammeln die Fragen weiter. – Olaf Schenk, bitte!

Olaf Schenk (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Patzwahl für Ihren Vortrag! Ich halte es für schwierig, dass Berlin einen eigenen Weg geht. Wenn es versucht wird, das auf der Bundesebene zu klären, halte ich es für richtig, dass man dort schaut, was machbar ist, worauf der Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht am Ende hinausläuft. Viel wichtiger finde ich: Anstatt einer Verteuerung für die Einwegverpackungen halte ich es für sinnvoll, die Mehrwegverpackungsnutzung zu erleichtern; Frau Vierecke hat es eben angesprochen. Es gibt das Gesetz, dass wir in Deutschland Mehrwegverpackungen anbieten müssen. Ich habe mich dazu mal mit einem Gastronom unterhalten. Er sagte: Ja, wenn man bei Ihm Essen abholt, muss man 10 Euro Pfand für einen Teller und das, was dazu gehört, bezahlen. – Wenn ich für drei oder vier Personen Essen abhole, überlege ich mir schon, ob ich 40 Euro Pfand bezahle, oder ob ich die Papier- oder Kunststoffverpackung nehme. Von daher ist der Schritt, den wir eigentlich gehen müssen ein Mehrwegsystem zu schaffen, das ich überall abgeben kann. Wenn ich zum Bäcker gehe und mir einen Kaffee hole, zahle ich gerne 1 Euro Pfand für meinen Becher, aber wenn ich zum nächsten Bäcker gehe, und er sagt: Nein, das kannst du hier nicht abgeben –, dann habe ich irgendwann zehn verschiedene Becher im Auto herumliegen und weiß nicht mehr, wo ich die abgeben soll. Das ist natürlich ein Hindernis. So werden wir es nicht schaffen, dieses Mehrwegsystem umzusetzen, gerade bei den hohen Kosten, die Gastronomen haben. Diese 10 Euro sind der Einkaufspreis. Das ist nicht so, dass der daran verdient. Von daher würde ich es eigentlich befürworten, das Mehrwegsystem zu schaffen, zu verbessern, aber dann entweder auf Bundesebene oder wie auch immer ein einheitliches System zu schaffen, dass ich morgen zum Bäcker um die Ecke gehen kann und übermorgen zum Späti und sage: Hier ist mein Becher. Ich möchte den gerne zurückgeben –, und bekomme entweder einen neuen Becher oder meinen Euro Pfand wieder. Das ist für mich ein gangbarer Weg. Ich halte es aber für falsch, beim Mehrwegsystem ein System zu

schaffen, das Kosten verursacht, das die Verwaltung belastet und am Ende dann sich selbst abschafft, weil es nicht mehr benötigt wird, weil wahrscheinlich doch irgendwie mehr Menschen an ihren Mehrwegbecher denken. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Schenk! – Dann sind wir bei Herrn Bertram.

Alexander Bertram (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich habe es schon in der ersten Lesung im Plenum, in der wir darüber diskutiert haben, gesagt, dass es sich aus unserer Sicht absolut verbietet, in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten über die Einführung neuer Steuern überhaupt nachzudenken. Ganz im Gegenteil, wir sollten uns hier eigentlich eher überlegen, wie wir Gastronomen in unserer Stadt weiter entlasten können, die für unsere Stadt gerade so einen wichtigen Beitrag gesamtwirtschaftlich für unsere Stadt liefern. Daher ist es einfach daneben, eine weitere Belastung einzuführen. Zwischen 2022 und 2023 stiegen die Insolvenzen in der Gastronomie um 27 Prozent und damit deutlich stärker als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Was da noch auf uns zukommt, kann man schon erahnen, wenn man die Medienlage ein bisschen weiter verfolgt. Darum wundert es mich ehrlicherweise auch gar nicht, dass die Einnahmen in Tübingen in dem Maße gesunken sind. Wenn man die Geschäftsaufgaben mit einrechnet, wird man wahrscheinlich sehen, dass da doch das eine oder andere darauf auch zurückzuführen ist.

Für die Gastronomen bedeutet die Verpackungssteuer, wenn man mit ihnen redet, relativ viel Vorbereitung und vor allem auch viel Aufwand. Die müssen ihre Kassen umrüsten, die müssen die Abgabe separat abrechnen, und selbst das Pfandsystem muss irgendwo in der Kasse hinterlegt werden. Natürlich muss auch von der Stadt aus kontrolliert werden, ob das auch umgesetzt wird. Wir wissen alle, was das für einen bürokratischen Aufwand hier in Berlin bedeuten wird. Darum schlägt der Gaststättenverband in Konstanz, das als Beispiel genannt wurde, extrem Alarm und sagt, dass für jeden Gastronomen erst einmal für die Umrüstung eine vierstellige Summe zukommt, und das holen die nie wieder rein. Auch die Hersteller von Kunststoffprodukten, das hatten wir immer wieder als Beispiel, werden bereits seit dem 1. Januar 2024 extra zur Kasse gebeten. Die müssen seit Anfang des Jahres in den Kunststofffonds einzahlen, und zwar mit der Begründung, sich an den Kosten der Müllentsorgung der Einwegprodukte zu beteiligen. Die Hersteller, die Gastrobetriebe und letztlich auch die Verbraucher werden für die ein und dieselbe Sache zur Kasse gebeten, und das ist irgendwo irgendwann mal auch unanständig, zumal der Nutzen mehr als fragwürdig ist.

Die Universität Tübingen hat selbst nach einem Jahr eine Studie gemacht und im Ergebnis festgestellt, dass die Müllmenge nicht messbar reduziert wurde. Das ist immer noch alles auf der Webseite der Universität abrufbar, und man kann sich das mal anschauen. Ich gestehe Ihnen zu, das hat die Studie herausgebracht, dass die Mehrwegangebotsquote erhöht wurde, das haben Sie gerade auch gesagt, aber das ist es dann auch. Das Argument der illegalen Müllentsorgung, das Frau Schneider gerade auch gesagt hat, zieht irgendwo auch nicht. Niemand, der jetzt bereits seinen Müll irgendwo in die Natur schmeißt, wird mit dieser Steuer daran effektiv gehindert. Das sehen wir doch am Beispiel von Glass- oder Plastikflaschen. Da ist Pfand drauf, das bekommt man wieder, aber trotzdem liegen jedes Wochenende Tausende dieser Flaschen in den Parks herum und müssen von der BSR entsorgt werden. Da ändert sich gar nichts daran, wenn sie auf irgendwelche Einwegverpackungen ein paar Cent mehr darauf bezahlen müssen.

Eine Frage habe ich dann aber doch, und die würde mich aus der Erfahrung interessieren, und zwar welche Erkenntnisse es denn gibt – der Kollege der CDU hat es auch schon angedeutet –, wie viele Mehrwegverpackungen doch einfach im Abfall landen und nicht wiederverwendet werden. Da werden sicherlich die Entsorgungsbetriebe eine gewisse Übersicht haben. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Kollege! – Den Abschluss der Runde bildet Herr Koçak. Nur ein Hinweis: Ich vermute mal, dass alle zustimmen, aber wir müssen die Sitzung zwingend etwas verlängern, auch wenn wir immer sehr ambitioniert sind, das in der Zeit zu schaffen. Mein Vorschlag ist, dass wir maximal 12.30 Uhr machen. Wir versuchen natürlich vorher zu Ende zu kommen. – [Zuruf] – Herr Simon sagt 12.15 Uhr. – [Zuruf] – Wir avisieren mal 12.15 Uhr. Ich weiß nur, dass noch ein Antrag auf der Tagesordnung ist. Ich sehe hier 12.15-Uhr-Druck, den greifen wir auf. – Herr Koçak hat das Wort.

Ferat Koçak (LINKE): Natürlich landet der Druck jetzt bei mir. – Ich fange mal direkt an. Ich bin verwundert, dass Herr Schenk und Frau Vierecke genau das gesagt haben, was ich auch denke. Wir müssen das Mehrwegsystem verbessern. Bei der Parkraumbewirtschaftung haben wir als Linke dieselbe Herangehensweise: Es geht darum, die eine Sache attraktiv und auf der anderen Seite die andere Sache unattraktiv zu machen. Wir sind bloß keine Fans davon, dass auf die Art und Weise unattraktiv zu machen, dass es im Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger spürbar ist. Herr Bertram hat das angedeutet, aber es geht in die Richtung, dass das natürlich auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt wird. Ich glaube, das ist in schwierigen Zeiten nicht so von Vorteil für die Berlinerinnen.

Die Einführung der Verpackungssteuer stellt eine Steuereinnahme dar. Steuern dürfen nicht zweckgebunden sein. Die Einführung einer Einwegverpackungssteuer könnte dazu führen, dass der Senat aus finanzpolitischen Erwägungen an dieser zusätzlichen Einnahme festhalten und Mehrweg nicht aktiv fördern würde. Er kann im Ergebnis zumindest finanzpolitisch nicht daran interessiert sein, die Einnahme auf null zu fahren. Das ist unsere Position. Daher ist die Mehrwegangebotspflicht im To-go-Bereich aus unserer Sicht der bessere Weg, noch besser wäre die Mehrwegpflicht. Statt schon wieder ein neues Instrument einzuführen, sollte in Berlin endlich die Mehrwegangebotspflicht, die seit Anfang 2023 besteht, umgesetzt werden. Die Deutsche Umwelthilfe hat aufgedeckt, dass einige große Ketten gegen die Mehrwegangebotspflicht verstoßen.

Welche Auswirkungen hat das Urteil des Landgerichts Berlin zur Klage Deutsche Umwelthilfe gegen Back-Factory, Verpackungen aus Mehrweg immer ausreichend vorrätig zu haben, auf die Systemgastronomie? Dann: Kontrollen zur Pflicht gibt es bislang nicht oder nur sporadisch. Sind die Ordnungsämter nun personell und organisatorisch in die Lage versetzt worden, flächendeckend die Mehrwegangebotspflicht zu kontrollieren? Wir würden uns hier eine Uniform – Parkraumüberwachung gibt es schon – mit der Aufschrift „Ordnungsamt Mehrwegangebotspflichtüberwachung“ wünschen. Inwieweit ist Tübingen überhaupt mit Berlin vergleichbar, wo deutlich längere Wege zurückgelegt werden und entsprechend die To-go-Angebote breiter angeboten und genutzt werden? Trifft es zu, dass die Konsumentinnen bereit sind, die höheren Kosten zu zahlen, um auf Einweg nicht zu verzichten? Wird tatsächlich das selbe Produkt wirklich 20 bis 50 Cent günstiger angeboten, weil Mehrweg angeboten wird und dann auch genutzt werden kann? – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Herr Kollege! – Frau Schneider hat sich noch einmal gemeldet.

Julia Schneider (GRÜNE): Wir sind ja hier im Umweltausschuss, deswegen wollte ich jetzt doch noch einmal etwas zum Thema Umwelt hinzufügen. Wir sind auch auf den Weg als Zero-Waste-Hauptstadt, also in Richtung Zero Waste, und das kam gerade beim Kollegen Schenk – Entschuldigen Sie, dass ich Sie jetzt direkt zitiere! – ein bisschen zu kurz. Es geht nicht um diese Steuer, sondern es geht um den Sinn, um das Steuern, um dafür zu sorgen, dass weniger Ressourcen verschwendet werden. Es geht natürlich – ich habe es gesagt – auch darum, Entsorgungskosten zu reduzieren. Entsorgungskosten sind einerseits Kosten für den Haushalt, aber da stecken eben Ressourcen drin, die aufgewendet wurden, um sie einmal zu verwenden und dann wegzuworfen. Das muss man, finde ich, noch einmal ganz präsent machen. Natürlich kann man einen Becher auch dreimal benutzen, aber benutzen Sie mal dreimal einen Pappbecher – eher nicht.

Das wollte ich noch einmal in den Fokus stellen. Das Ziel ist am Ende, etwas für die Umwelt zu tun, etwas für den Naturschutz zu tun. Die Mehrwegangebotspflicht – Sie haben es eben dargestellt – gibt es schon eine Weile, und so richtig viel weiter sind wir leider nicht gekommen, und wir sind in der Situation mit immer knapper werdender Haushaltslagen. Wir haben den haushaltspolitischen Sprecher Ihrer Fraktion nicht mehr hier, aber wir diskutieren regelmäßig im Hauptausschuss darüber, an welchen Stellen welche Kürzungen vorgenommen werden sollen. Das ist dramatisch, aber wir sollten uns vielleicht darauf fokussieren, wie wir es schaffen, umweltschädliches Verhalten nicht zu fördern, sondern wegzusteuern, und wie wir es schaffen, an anderer Stelle Mittel einzusparen, die wir zum Beispiel für die Entsorgung ausgeben hätten.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Vielen Dank, Kollegin Schneider! – Dann hat Frau Patzwahl jetzt mal die Gelegenheit zur Erwiderung beziehungsweise zur Beantwortung der Fragen.

Claudia Patzwahl (Stadt Thüringen) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Ich habe fleißig mitgeschrieben und hoffe, dass ich möglichst alle beantworten kann. Ich hoffe, der Ton ist okay. Ich bin eine Schnellsprecherin, vor allem wenn es um Zeitdruck geht. Ich hoffe, dass der Ton trotzdem gut ankommt. Ich versuche, etwas langsamer und betonter zu reden, damit man das auch gut versteht.

Das waren 40 Prozent. Nach den Zahlen der Deutschen Umwelthilfe sind 40 Prozent des Straßenumülls, Müll aus dem öffentlichen Raum, Einwegverpackungen, also 40 Prozent.

Ja, die Steuer schafft sich ein Stück weit selbst ab. Das kann man, glaube ich, so sagen, aber nach meinen Erfahrungen jetzt nicht komplett. Es wird immer etwas übrig bleiben, weil ich nicht glaube, dass unsere Gesellschaft komplett auf Einwegverpackungen verzichten wird, aber man kann sie deutlich reduzieren. Natürlich geht damit die Steuereinnahme für die Stadt auch zurück. Das muss man im Blick haben, aber in den nächsten Jahren machen wir uns darüber keine Gedanken und Sorgen dazu, vor allem je weniger das wird, je weniger Betriebe Steuern zahlen müssen, je geringer die Steuereinnahmen sind, desto weniger Personal brauche ich auch. Eine Steuerabteilung hat jede Stadt, da machen wir uns keine Sorgen.

Anstieg Mehrweg beziehungsweise Verpackungssteuer entfällt: Das ist auch eine Lenkungswirkung. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen, damit es auch einmal plastisch wird, und nicht nur immer so verkopft. Zum Beispiel Eisdielen: Das kennen Sie alle; wir haben viele Eisdielen in Tübingen, weil wir auch eine touristisch attraktive Stadt sind, das sind diese Einwegbecher mit einem Löffel dazu, die man hat, die waren weit verbreitet, die hat man auch im öffentlichen Raum bei uns gefunden, überall wo man sich das nur denken kann. Die sind aus unserem Straßenbild verschwunden, die gibt es quasi nicht mehr. Die gibt es extrem selten, weil die Eisdielen komplett auf Waffelbecher umgestellt haben. Jetzt gibt es diese Spitzwaffeln, die man kennt, und den Waffelbecher. Jetzt sagen Sie: Na dann landet der im Müll. – Ja, auch, aber erstaunlicherweise wird der ganz oft gegessen, weil der wirklich ganz lecker ist. Meine Enkeltochter liebt diesen Becher. Wir haben übrigens in Tübingen auch essbare Löffel dafür, die sind so klein, sogar unter den 10 Zentimetern. Auch wenn sie essbar sind, würden sie trotzdem unter die Verpackungssteuer fallen, weil wir bei den Einwegverpackungen materialunabhängig sind. Aber, wie gesagt, die Betriebe stellen sich alle darauf ein. Ich habe es nachgemessen. Die sind exakt im Rahmen, damit keine Verpackungssteuer anfällt. Das machen mittlerweile alle Eisdielen.

Das Zweite ist: Jeder kennt es. Im Sommer ist es warm, und es gibt ganz viel Cocktails und auch so etwas wie Bubble Tea. Das gibt es bestimmt auch in Berlin zuhauf. Das war alles in Kunststoffbechern oder als Kunststoffbecher wegen EU-Verordnungen nicht mehr so zugelassen waren, findet man ein anderes Produkt, ein Mischprodukt oder wie auch immer. Das ist bei uns auch verschwunden. Das geht alles über Mehrweg raus: Gläser, Mehrweg, Kunststoffbehälter, die Leute bringen selbst Ihre Gefäße mit, die Betriebe sagen: Jetzt gibt es nur noch Gläser, damit müssen die Leute klarkommen, und das kommen sie auch. Glauben Sie mir: Bei uns ist in Tübingen in der Altstadt bis in die späten Nachtstunden viel los – zum Leidwesen vieler Leute, muss man sagen.

Vergleichbarkeit Tübingen/Berlin: Da klingt es schon ein bisschen an. Ich kann die Einnahme von Berlin nicht kalkulieren; das würde ich mir nicht zutrauen. Ich glaube, der BUND hat die Tübinger Einnahmen, die 950 000 Euro, die wir für 2022 haben oder letztendlich bekommen werden, durch die Einwohnerzahl geteilt – ich weiß nicht, ob die mit 90 000 oder 91 000 Einwohner gerechnet haben – und hat das dann für Berlin hochkalkuliert. Das ist eine sehr einfache Rechnung, das kann man machen oder auch nicht. Ich kann das nicht beurteilen. Ich glaube, so wie ich Berlin kenne, ist Berlin schon eine Großstadt, riesig groß, hat aber unterschiedliche einzelne Kieze. Das wird sich sicherlich dort unterschiedlich verhalten, je nachdem wie viel Gastronomie da vorhanden ist und vor allen Dingen wie viel klassische Imbissbetriebe dort sind. Deswegen wird es da auch höchst unterschiedlich sein, aber ansonsten wage ich die Aussage, dass es wirklich egal ist, ob Sie eine kleine Gemeinde oder Stadt oder eine große Stadt wie Berlin, Köln, München oder was auch immer haben. Das lässt sich dort überall gut durchführen. Ich glaube, die Einnahmen werden sich zum Verwaltungsaufwand in jedem Fall rentieren und das auch in langer absehbarer Zeit.

Wer kann sich so eine Verpackungssteuer leisten? – Es werden immer die Studenten und Schüler angeführt; das war auch bei uns in der Diskussion der Fall. Da kann ich ganz einfach sagen: Hier haben alle die Möglichkeit, Steuervermeidung zu machen. Wann bekommt man die Chance? Hier ist es so. Sie müssen ja nicht Einweg nehmen, es gibt das Mehrwegangebot in den Betrieben. Bei uns ist das Höchste, was Sie finden, überwiegend 5 Euro Pfand auf die Mehrweggefäße. Dafür bekommt man die zum Beispiel auch von REBOWL, RECUP, Vytal,

die sind alle bei fünf Euro Pfand, zum Teil digital oder auch als Bargeld oder wie auch immer. Da gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, und das kann man vermeiden. Wenn ich das Pfand nicht habe, packe mir selbst eine Box ein. Ich bin nur noch mit Mehrwegbox unterwegs. Ich habe eine im Büro, ich habe eine in meiner Tasche, in meinem Rucksack. Das geht, da gibt es viele Alternativen, es ist wirklich machbar.

Rechtsprechung: Ich kann Ihnen natürlich auch nicht garantieren, dass das Bundesverfassungsgericht dem Bundesverwaltungsgericht folgt, aber das Bundesverwaltungsgericht hat sich dazu geäußert und hat uns unsere Hoffnung sehr stark erhöht, weil die gesagt haben, dass die Rechtsprechung der Kasseler Verpackungssteuer veraltet ist, da hat sich im Bundesrecht viel getan, was das Abfallgesetz betrifft, aber auch im sogenannten Kooperationsmodell – Gelbe Tonne, gelber Sack – hat das Bundesverwaltungsgericht klar Position bezogen und hat gesagt, dass das Kooperationsmodell praktisch nicht mehr vorhanden ist, was dem entgegenstand. Wie gesagt, wir sind uns sicher, dass die Verpackungssteuersatzung auch nach dem Urteil Bestand hat.

Bundesebene: Ja, es ist auch nachvollziehbar, dass alle nach dem Bund schreien oder sagen, dass es doch schick wäre, wenn der Bund oder das Land sagt: Einweg weg –, oder: Macht mal ihr Kommunen –, aber es spricht aus meiner Sicht überhaupt nichts dagegen, das selbst zu machen, Eigeninitiative. Laut Grundgesetz dürfen die Städte und Gemeinden das tun, sie machen es auch bei anderen Sachen, Kulturabgabe, Bettensteuer oder wie auch immer; warum nicht hier? Man muss nicht darauf warten und die Einnahme muss nicht über ein kompliziertes Verrechnungsverfahren, wenn es zentral eingenommen wird, wieder auf die Städte und Kommunen verteilt werden, sondern sie machen das, und sie nehmen das ein.

Da ist auch gleich die Frage, wohin mit den Einnahmen: Natürlich ist es auch mit Tübingen so. Das ist eine Steuereinnahme und geht erst einmal in den großen Stadtsäckel, das geht alles als Einnahme rein, und was die Stadt Tübingen damit macht, ist völlig die Entscheidung der Stadt beziehungsweise des Gemeinderates, also völlig frei. Damit können wir Kindergärten sanieren, wir können Umweltschutz, und machen viel im Umweltschutz, wir können die Müllentsorgung damit finanzieren. Das war der Anlass, warum Tübingen die Verpackungssteuer gemacht hat. Sprich: Es gibt keine Festlegung, was mit diesen Geldern gemacht werden muss. Was ich aber sagen kann, ist: Wenn Sie wie die Stadt Tübingen 950 000 Euro Einnahmen haben, haben Sie die um zum Beispiel die Straßenreinigung ein Stück weit zu finanzieren. Das sind 950 000 Euro, die Sie für die Straßenreinigung einsetzen können. Womit Sie bisher die Straßenreinigung finanziert haben, nehmen Sie diese 950 000 Euro für Kindergarten, für was auch immer gerade ansteht, von Straßen bis Radwege oder was auch immer. Da ist die Stadt jeweils völlig frei und so handhabt es auch Tübingen.

Die Reaktion der Betriebe: Die Reaktion der Betriebe war in der allerersten Veranstaltung – das war noch vor Einführung der Verpackungssteuer – natürlich nicht so: Juhuu, wir haben nur darauf gewartet, dass sich noch jemand eine Steuer überlegt –, natürlich nicht. Die Stadt Tübingen hat in der Umsetzung später aber auch viele Sachen berücksichtigt, hat gesagt, wir werden das in der Auslegung der Satzung und auch bei der Steuerveranlagung versuchen zu berücksichtigen. Da haben wir auch Wort gehalten. Wir hatten wirklich keinen Aufschrei. Die Beschwerden – wenn man das überhaupt Beschwerden nennen will – haben sich wirklich in Grenzen gehalten. Ich hebe die Hand, es waren fünf oder lassen Sie es maximal zehn gewesen sein. Ansonsten haben alle ganz gut mitgezogen, viele haben sogar gesagt: Ich möchte unsere

Einwegverpackungen auch nicht im öffentlichen Raum finden und sehen. Das ist auch für mich ein Ärgernis.

Ich möchte noch ein Beispiel sagen, um es auch ein bisschen plastisch zu machen. Ich nehme mir jetzt die Zeit: Wir haben einen sehr großen Markt, der nennt sich Umbrisch-Provenzalischer Markt in Tübingen, da kommen die Partnerstädte aus Frankreich und Italien. Aus Italien kommt seit Beginn – das sind viele Jahre – eine italienische Gastronomie, die Trüffelpaghetti verkaufen. Die haben das bisher auf Einwegtellern gemacht. Die machen jetzt ein Mehrwegangebot mit Unterstützung der Stadt Tübingen, wir stellen Infrastruktur zur Verfügung. Die machen das und sind total begeistert. Selbst jemand, der von außen kommt und nicht die Infrastruktur hat, sagt, Mehrweg ist super, er hat sich so immer über diesen Müll geärgert. Da gilt schon ein bisschen die Devise, wo ein Wille, da auch ein Weg. Auch von den Kunden und Kundinnen kamen maximal Anfragen bei uns an. Ich habe Visitenkarten von mir in den Betrieben verteilt und habe gesagt: Geben Sie jedem Kunden, jeder Kundin, die mit Ihnen in die Diskussion geht, die sich beschwert, die Karte. Die dürfen alle bei uns anrufen. – Es sind sehr wenige eingegangen. Ich kann wirklich sagen, dass es extrem ruhig ist, was das anbetrifft, was nicht heißt, dass das jeder toll findet, aber es ist nicht der Aufschrei.

Ich sage gleich dazu: Wegen der Tübinger Verpackungssteuer ist kein einziger Gastronomiebetrieb oder Imbiss insolvent gegangen. Die gehen aus anderen Gründen insolvent, da müssen Sie in eine ganz andere Diskussion einsteigen – von Fachkräftemangel bis überzogene Mietpreise, andere Kosten. Das ist nicht die Verpackungssteuer. Da bin ich mutig und sage, dass kann man nicht darauf zurückführen.

Mehrwegangebotspflicht: Ja, die Mehrwegangebotspflicht besteht, aber das ist ein zahnlöser Tiger. So nenne ich die. Warum? – Das Gesetz ist gut, das ist der erste Schritt, aber es ist nicht ausreichend, weil es materialabhängig ist, Kunststoff. Alle Pommes-Pappteller, jedes Papier, das alles fällt da nicht darunter. Ein Betrieb, der nur Pommes verkauft, fällt da überhaupt nicht darunter. Es ist so: Mehrwegangebotspflicht heißt nur, dass ich hinter mir in meinem Regal ein Mehrweggefäß habe. Wenn eine Kundin, ein Kunde kommt und fragt: Ich hätte es gerne in einem Mehrweggefäß –, dann muss ich das bereitstellen können. Das Gesetz verpflichtet die Betriebe aber nicht, es anzupreisen, und da liegt praktisch die Differenz. Die Betriebe werden nicht sagen: Nehmen Sie doch bitte das Mehrweggefäß –, und steigen dann in die Diskussion mit der Kundschaft ein. Das tun sie über die Verpackungssteuer, weil es die Kundin oder der Kunde ist, der sagt: Warum soll ich jetzt 50 oder 60 Cent Verpackungssteuer für die Pommes-Schale aus Pappe bezahlen? –, und dann sind sie in der Diskussion und viele bei uns in Tübingen kommen dann ins Nachdenken und sagen: Stimmt, das muss ja eigentlich nicht sein, ich kann mir auch ein Gefäß ausleihen und bringe es wieder zurück, hier oder an anderer Stelle. – So viel zum Thema Mehrwegangebotspflicht!

Ich ergänze gleich dazu, weil die Frage hinterher auch noch kam; ich versuche es jetzt ein bisschen zu straffen: Wer kontrolliert das? – Ja, in Tübingen muss es natürlich auch kontrolliert werden. Das ist nicht die Stadt, das liegt bei uns beim Landratsamt, weil dort WKD und Gesundheitsamt sind, aber die sagen, die kommen nicht dazu. Die kommen nicht dazu, das zu prüfen. Wenn wir Hinweise geben, weil wir viel mit den Betrieben unterwegs sind oder in der Stadt und uns das wegen der Verpackungssteuer auch anschauen, dann geben wir denen Hinweise und sagen: Vielleicht fragt ihr da mal nach, ob die wirklich ein Mehrwegangebot haben. – Das Personal, das zur Verfügung steht, das das kontrollieren soll, steht noch in keinem

Verhältnis, aber wie gesagt, wenn ich irgendein Mehrweggefäß im Regal stehen habe, habe ich der Mehrwegangebotspflicht schon Genüge getan.

Dann war noch das Bundesverwaltungsgericht: Das habe ich schon gesagt. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich übrigens sehr intensiv mit der Materie auseinandergesetzt. Ich war in der Verhandlung, in der Erörterung selbst mit dabei am Gericht. Das war sehr interessant. Die haben sich wirklich mit EU-Gesetzen, mit dem Bundesabfallrecht, mit allem auseinandergesetzt, und sind zu dem Schluss gekommen, dass die Tübinger Satzung rechtmäßig ist.

10 Euro Pfand ist viel. Das gibt es. Es gibt Produkte, reCIRCLE zum Beispiel hat das, aber das ist selten. 5 Euro Pfand ist so eine Grenze, und ich sage Ihnen: Bei uns holt auch die Rentnerin und der Rentner in der Metzgerei sein Mittagessen in einer Mehrwegbox, und bringt sie wieder zurück und zahlt einmal den Pfand, und ab da ist es nur noch ein Wechsel der Mehrweggefäße.

Erleichterung bei den Mehrwegverpackungen: Ja, natürlich kann man das erleichtern. Ich kann Ihnen sagen, bevor es die Verpackungssteuer gab, hatten wir schon viele Jahre über Umwelt- und Klimaschutz Mehrwegangebote in Tübingen gemacht, deswegen auch das Förderprogramm. Das gab es schon vor der Verpackungssteuer und lief bis 2023. Da können Sie aber noch so viel werben, Aktionen machen – es gab Imbissrestaurants, die Rabatte eingeräumt haben: Wenn Sie mit einem Mehrweggefäß kommen, dann bekommen Sie einen Rabatt von uns –, das greift alles nicht so, wie wenn Sie dastehen und sagen: Wenn ich jetzt eine Einwegverpackung will, dann kostet mich das etwas. – Das ist der entscheidende Punkt. Das ist einfach unsere Erfahrung.

Mehrweg kann man – und das ist tatsächlich auch ein toller Nebeneffekt der Verpackungssteuer – bei uns in Tübingen mittlerweile fast überall abgeben. Wir sind systemoffen; wir haben nichts vorgeschrieben, was Mehrweg in der Stadt betrifft, oder gesagt: Bitte nehmt den –, wir empfehlen da auch nichts, aber es haben sich RECUP, REBOWL – RECUP kennt man von den Kaffee-to-go-Bechern – in Tübingen am Markt durchgesetzt. Es sind auch noch andere wie Vytal und reCIRCLE noch am Start oder auch mal eigene Pfandsysteme, aber die haben sich durchgesetzt. Den Kaffeebecher bekommen Sie mittlerweile in jedem Café und Restaurant zurückgegeben, und so ist es auch mit den Bowls. Es ist überhaupt kein Problem. Glauben Sie mir, auch die Tübinger Wege sind nicht ganz klein. Für Berlin gebe ich Ihnen einen Rat: Denken Sie einfach in Kieze und nicht von einem Ende in Berlin zum anderen. Unsere Erfahrung ist: Es bleibt vor Ort, das allerwenigste an Mehrweggefäßen wird im Zug, im Bus oder im Auto mitgenommen. Das ist wirklich der Verzehr vor Ort, und darauf zielt es auch ab.

Ja, es sind wirtschaftlich schwierige Zeiten. Ich habe es gesagt. Insolvenzen sind zu beobachten, auch in Tübingen, aber es nicht die Verpackungssteuer. Beschäftigten Sie sich bitte mit Insolvenzen. Die Gründe liegen ganz woanders. Es ist auch kein Beschleunigungsfaktor. Es spielt wirklich in dem Fall keine Rolle, und das sage nicht ich als Mitarbeiterin der Stadt Tübingen, sondern wir sind mit den Betrieben im Gespräch. Das kann ich wirklich aus meiner ganz persönlichen Arbeitserfahrung sagen.

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass die Einnahmen in Tübingen gesunken sind. Im Moment noch nicht, was die Verpackungssteuer betrifft. Die Zahl, die ich für 2023 in der Prä-

sensation gezeigt habe, sind nur circa 50 Prozent der Betriebe. Da sind wir noch in der Veranlagung. Die sind noch nicht alle vollzogen beziehungsweise noch nicht alle eingereicht. Da kommt noch Geld. Wir rechnen für 2023 sogar fast mit einer ähnlichen Höhe wie für 2022. Das hängt mit diesem Gerichtsverfahren zusammen. Für 2024 wird es zurückgehen, aber auch da rechnen wir auf jedem Fall noch mit Einnahmen weit über 0,5 Millionen Euro. Die Betonung liegt auf weit.

Die Kassenpflicht besteht sowieso bei vielen Betrieben, das wissen viele Betriebe nur nicht. Dass sie eigentlich ein elektronisches Kassensystem haben müssen, ist gesetzlich vorgeschrieben, nicht für alle, aber für sehr viele Betriebe. Viele machen es auch wegen der Buchführung, weil es leichter ist, weil sie auch Steuern bezahlen müssen, Finanzamt et cetera. Zu sagen, dass man das wegen der Verpackungssteuer machen muss, halte ich für vorgeschoben. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Viele in Tübingen haben jetzt eine bessere angeschafft, aber weil sie gesagt haben: Das hatte ich eh vor, jetzt habe ich einen Anlass, und jetzt mache ich es, weil es nachher für die Belege, wenn wir prüfen, einfacher ist.

Der Einwegkunststofffonds: Rechnen Sie es einmal herum. Das sind hinter dem Komma ein paar Nullen, und dann fällt das pro Einwegkunststoffverpackung an. Noch einmal: Es geht nur um Kunststoffverpackungen. Das ist eine reine Verlagerung der Finanzierung, weil sie sagen: Dann nehmen wir das Geld und geben es den Kommunen, wenn die den Müll einsammeln müssen. Das ist keine Vermeidungsstrategie, überhaupt nicht. Wie gesagt: Das, was da für die Betriebe fällig ist, die das anmelden müssen, für die Produzenten, ist wirklich ein sehr geringer Betrag. Das ist ein erster wichtiger guter Schritt, aber es nichts, was irgendwie Verhaltensänderungen herbeiführt und steht damit auch der Verpackungssteuer überhaupt nicht entgegen, im Gegenteil.

Die Studie der Universität Tübingen: Ich muss schon noch ein paar Sätze dazu sagen. Wenn man die komplett liest, wird im Fazit vom Doktoranden auch erklärt, dass die Müllmenge in Tübingen im öffentlichen Raum eingesammelt wird, bei uns auf den Bauhof kommt, gewogen und nach Gewicht entsorgt wird. Gewicht: Verpackungseinwegmüll, vor allem wenn Sie über Papier reden, ist sehr leicht, manchmal vom Volumen groß – Pizzakarton –, aber vom Gewicht leicht. Nasser Hausmüll, der auch im öffentlichen Raum entsorgt wird, Glasflaschen, die entsorgt werden, eine Weinflasche, weil nachts Party ist, irgendwie so etwas, sind schwer, und deswegen haben Sie Müllbereich immer ein leichtes Auf und Ab. Bei der Verpackungssteuer ist der Effekt wegen des Gewichts, und weil die Einwegverpackungen so leicht sind, ganz schwer zu rauszurechnen. In der Studie ist das dargestellt. Lesen Sie es bitte noch einmal nach. Das kommt leider erst ganz am Schluss, aber es kommt. Der Effekt ist die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Von dem Foto, das ich Ihnen gezeigt habe, könnte ich Ihnen viele präsentieren. Wenn Sie Lust haben: Tübingen ist eine schöne Stadt, kommen Sie zu uns, schauen Sie sich es an. Ich glaube, dass Sie dann feststellen, dass ein sehr großer Effekt da ist. Ich hätte die Bitte, die Studie noch einmal komplett lesen.

Pfand auf Flaschen: Zu gering, würde ich sagen. Das ist das Problem. Ich würde sagen: Pfand hoch bei den Flaschen, dann wird nicht mehr so schnell weggeworfen und wer sie dann einsammelt, verdient sich etwas. Das ist gut.

Eines muss ich klar sagen, das ist auch in Tübingen so: Gegen Partymüll – ich nenne es bewusst Partymüll – ist auch die Verpackungssteuer nicht das Mittel der Wahl. Das ist eine ganz

andere Thematik. Man bekommt das vielleicht ein bisschen reduziert, aber Partymüll, das, was die Leute hinterlassen, ist ein ganz anderes Thema – alles, was damit verbunden ist. Das kann man, glaube ich, nicht mit der Verpackungssteuer zu packen bekommen.

Mehrweg im Müll: Ja, das gibt es auch. Es gab auch Bötchen auf dem Neckar, das ist auch schön, aber das ist zurückgegangen. Das müssen wir ganz klar sagen. Die Betriebe haben sich mit dem Pfand entsprechend darauf eingestellt. 1 Euro Pfand war ein bisschen wenig, wurde deswegen auch wenig zurückgebracht, vor allen Dingen für irgendwelche Gefäße wie Pommies-Behälter oder so etwas. Von daher: Ja, aber wenig.

Die letzten Punkte: Mehrweg verbessern – –

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Frau Patzwahl! Ich habe wirklich vollstes Verständnis. Sie haben so viel Geduld mitgebracht und so viel Wissen angehäuft, und ich bin sehr dankbar, dass Sie das mit uns geteilt haben. Wir sind nur dermaßen über der Zeit. Haben Sie noch einen letzten Satz, oder war es das?

Claudia Patzwahl (Stadt Thüringen) [zugeschaltet]: Ich schaue noch, ich habe die Fragen mitgeschrieben. Einen Teil habe ich schon, keine Abwälzung – ich habe das alles schon beantwortet. Wunderbar!

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Wenn Sie noch etwas haben, schicken Sie uns das gerne im Nachgang zu, wobei wir vermutlich den Antrag schon sofort abstimmen werden, wenn ich die Signale aus der Grünenfraktion richtig verstanden habe. Ich sage nur, dass die Grünenfraktion das vorgeschlagen hat.

Claudia Patzwahl (Stadt Thüringen) [zugeschaltet]: Darf ich noch einen letzten Satz sagen? Wirklich der allerletzte Satz.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Ja, gerne letzter Satz, Frau Patzwahl!

Claudia Patzwahl (Stadt Thüringen) [zugeschaltet]: Ich würde sagen: Überlegen Sie sich das gut. Es gibt wenig Instrumente der Städte und Kommunen, wo man sagen kann, dass man auf der einen Seite einen Effekt in Richtung Umwelt- und Klimaschutz hat und man auf der anderen Seite auch die Einnahmesituation der Stadt verbessern kann. Die Verpackungssteuer ist genau das Instrument, das beides kann. Das wollte ich noch loswerden.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Danke schön! Die Botschaft ist angekommen und wird auch im Wortprotokoll nachzulesen sein. – Ich habe jetzt keine ganz dringende Frage an den Senat vernommen. Deswegen habe ich den Senat auch so verstanden, dass er auf eine weitere Stellungnahme verzichten würde. Jetzt stellt sich tatsächlich die Frage, liebe Kollegin Schneider, wie wir mit dem Antrag verfahren. Das normal gängige Verfahren ist, das wissen alle Kolleginnen und Kollegen, dass man die Anhörung auswertet und dann abstimmt. Es gab aber leichte Signale – mehr will ich es vielleicht gar nicht nennen –, dass eine Sofortabstimmung gewünscht ist. Wir bräuchten jetzt die Entscheidung, liebe Frau Schneider, was Sie präferieren. – Ich kann noch kurz vorlesen: Der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe hat mitgeteilt, dass derzeit nicht geplant sei, den Antrag zeitnah zu behandeln und eine Stellungnahme abzugeben. Da die Sechs-Monats-Frist nach § 32 Absatz 2

Satz 5 Geschäftsordnung bereits verstrichen ist, wäre es unserem Ausschuss heute möglich, eine Beschlussempfehlung abzugeben. Alternativ wäre die Vertagung, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann, möglich. Die finale Frage ist, wie Sie verfahren möchten.

Julia Schneider (GRÜNE): Wir haben uns besprochen und würden das gerne direkt abstimmen.

Amtierender Vorsitzender Danny Freymark: Gibt es Widerspruch dagegen oder sind alle fein damit, wenn wir die Abstimmung vornehmen? – Dann kommen wir zur Abstimmung. Es obliegt jedem, im Nachgang eigene Anträge oder Ähnliches einzubringen. Das ist dann so, aber es ist nachvollziehbar, wenn die antragstellende Fraktion das zur Abstimmung stellt. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Grünenfraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Koalition und die AfD-Fraktion. Enthaltung bei der Linken, damit ist der Antrag abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Vielen Dank an alle, die dazugekommen sind! Ich möchte mich ganz herzlich auch bei Frau Patzwahl bedanken. Schön, dass Sie unser Gast waren! Es wäre auch schön gewesen, wenn Sie hergekommen wären, aber ich verstehe das. Das sind wirklich weite Strecken. Danke, dass Sie trotzdem die Zeit gefunden haben, mit uns zusammen zu beraten!

Punkt 5 der Tagesordnung – neu –

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1472
Privatjets am BER verbieten!
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0175](#)
UK
BuEuMe(f)
Haupt
Mobil

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.